

Kasachstan

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	5
Deutsche Rüstungsexporte	5
Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland	9
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	12
Streitkräftestruktur	13
Bewaffnung der Streitkräfte	15
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	22
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	28
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	30
Bedrohung von Alliierten	32
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	33
Unerlaubte Wiederausfuhr	36
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	37

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in Kasachstan

Kasachstan zählt nicht zu den Hauptempfängern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland regelmäßig Jagd- und Sportgewehre, Aufklärungssysteme und Störsender, leichte Helikopter sowie Satelliten- und Raketentreibstoff für das Kosmodrom Baikonur – den weltweit größten Raketenstartplatz im Süden des Landes. Auch deutsche Handfeuerwaffen wurden nach Kasachstan exportiert. So lieferte Sig Sauer hunderte Pistolen an den Sicherheitsdienst des ehemaligen Präsidenten Nasarbajew und die Anti-Terror-Einheit Arystan. Aus Sorge um die Menschenrechtslage in Kasachstan wurden 2010 weitere Waffenlieferungen vom Bafa untersagt.

In den vergangenen Jahren sind die Rüstungsimporte Kasachstans stark angestiegen. Allein 2015 importierte Kasachstan laut SIPRI mehr Großwaffensysteme als in den gesamten vier Jahren zuvor. Auch die Militärausgaben haben sich seit 2003 fast vervierfacht. Aufgrund der hohen Abhängigkeit von Erdöl- und Gasexporten sind diese im Zuge des Ölpreisverfalls seit 2014 etwas gesunken, 2018 und 2019 jedoch wieder stark gestiegen. Den größten Anteil der kasachischen Importe machen Waffenlieferungen aus Russland aus, die in den vergangenen Jahren u. a. Schützenpanzer, Raketen, bewaffnete Kampf- und Transporthubschrauber sowie Kampfflugzeuge und Minenräumboote lieferten.

Um die Abhängigkeit von russischen Rüstungsexporten zu vermindern, sollten bis 2021 80 Prozent des militärischen Bedarfs im eigenen Land produziert werden (Ende 2018 lag der Anteil bei 50 Prozent). Gleichzeitig soll durch den Ausbau der Rüstungsindustrie ein neuer Exportsektor geschaffen werden, der die kasachische Wirtschaft unabhängiger von Öl- und Gasexporten macht. Diverse internationale Rüstungsfirmen wie Thales und Airbus Helicopters (beide Frankreich) produzieren bereits mit Lizenz Rüstungsgüter in dem zentralasiatischen Land – primär um neue Absatzmärkte zu erschließen. Auch Rheinmetall gründete 2015, gemeinsam mit dem kasachischen Waffenproduzent Kasachstan Engineering (KE), die deutsch-kasachische Rheinmetall KE.

Die Anzahl der kasachischen Streitkräfte wurden im Zuge der militärische Neuausrichtung und Professionalisierung auf 39.000 Soldat:innen verringert. Gleichzeitig wurde der Umfang der militärischen Übungen und Ausbildung – auch an deutschen Bundeswehrkarsernen werden kasachische Militärs ausgebildet – ausgeweitet. Zusätzlich soll 70 Prozent des militärischen Equipments, teilweise noch aus ehemaligen Beständen der Sowjetunion, modernisiert werden.

Regimekritische Demonstrationen werden zumeist von der Polizei und anderen Sicherheitskräften, häufig unter Anwendung von Gewalt, unterdrückt. Diverse Berichte verweisen auf Folter, Misshandlungen und menschenunwürdige Verhörmethoden durch kasachische Sicherheitskräfte.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Derzeit bestehen keine Sanktionen seitens der Europäischen Union, OSZE oder Vereinten Nationen gegen Kasachstan. Kasachstan ist zahlreichen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten, nicht jedoch bspw. der Anti-Personenminen-Konvention oder dem Übereinkommen über Streumunition.

Die Menschenrechtssituation in Kasachstan ist weiterhin problematisch. Die Meinungsfreiheit ist stark eingeschränkt. Auch die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sind wesentlich beschränkt, obwohl alle relevanten Menschenrechtsabkommen der Vereinten Nationen unterzeichnet wurden. Aufgrund der starken Beschränkung der bürgerlichen und politischen Rechte und Freiheiten bewertet Freedom House Kasachstan als „nicht frei“. Auch die Pressefreiheit ist stark eingeschränkt. Laut OSZE gibt es keine freien und fairen Wahlen. Im Zuge von Protesten kommt es häufig zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei und willkürlichen Verhaftungen von Demonstrant:innen und Journalist:innen. Geständnisse werden häufig unter Anwendung von Folter erzwungen. Amnesty International dokumentierte schwere Fälle von Folter und sexueller Misshandlung in den Gefängnissen. Im Zuge von regierungskritischen Protesten Anfang 2022 sind Menschenrechte durch die Sicherheitskräfte weitreichend verletzt worden, einschließlich unverhältnismäßigem Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie menschenunwürdiger Behandlung und Folter von Inhaftierten. Das Regime lehnte Forderungen nach einer unabhängigen Untersuchung der Ereignisse durch externe Expert:innen ab.

Kasachstan sieht sich mit einer zunehmenden islamistischen Radikalisierung konfrontiert. Neben lokal operierenden, extremistischen Gruppierungen kämpfen 700-1.000 kasachische Staatsbürger:innen auch für den so genannten Islamischen Staat in Syrien. Auch ein wachsender kasachischer Nationalismus und ethnische Spannungen mit der in Kasachstan lebenden russischen Minderheit bergen Konfliktpotenziale. Die im September 2017 veröffentlichte Militärdoktrin thematisiert indirekt die Gefahr einer russischen Unterminierung der territorialen Integrität Kasachstans durch die Förderung separatistischer Bestrebungen der russischen Minderheit.

Konflikte um Wasser und Energierohstoffe zwischen dem wasserreichen, aber rohstoffarmen Kirgistan sowie Tadschikistan und den rohstoffreichen Staaten Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan an den Unterläufen der Flüsse Amudarja und Syrdarja sind bislang ungeklärt. Die gesamte zentralasiatische Region wird als Transitkorridor zum Transport von Drogen aus Afghanistan genutzt. Auch der illegale Handel mit Waffen, Menschen und Organen floriert in Folge von Armut, mangelnder Rechtsstaatlichkeit und nicht demokratisch kontrollierten Eliten. Wurden die internationalen Schwarzmärkte nach dem Ende der Sowjetunion noch mit Großwaffensystemen geflutet, sind heutzutage insbesondere Klein- und Leichtwaffen zentraler Gegenstand des illegalen Waffenhandels in der Region.

Nach Ende des Kalten Krieges wurde in Zentralasien mittels multilateraler Verträge eine kernwaffenfreie Zone (KWFZ) eingerichtet. Kasachstan ist zudem Mitgliedsstaat des Vertrages über die Streitkräfte in Europa und hat als OSZE-Mitglied das Wiener Dokument unterzeichnet. Seit dem Ende des NATO-geführten ISAF-Einsatzes sind keine alliierten Truppen mehr in Zentralasien stationiert.

Kasachstan gehört mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 9.470 US-Dollar (Atlas Methode, Stand 2022) zu den upper-middle-income economies. Im Ranking des Glo-

bal Competitiveness Index belegt Kasachstan mit einer Bewertung von 62,9 einen sehr soliden 55. Platz (von 141). Auch mittelfristig ist ein weiteres Wachstum zu erwarten. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds schwächt sich das Wachstum 2024 minimal auf real 3,1 Prozent ab. Für die Zukunft setzte das Land auf die Produktion von Wasserstoff. Angesichts des hohen Entwicklungsstandes und den derzeit sehr niedrigen Militärausgaben besteht aktuell keine Gefahr, dass Rüstungsexporte die Entwicklung des Landes in bedeutendem Maße negativ beeinflussen könnten.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 1999-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
1999	Revolver, Pistolen, Jagd- und Sportwaffen: 67,7%	1,50
2000	Revolver, Pistolen, Sport- und Jagdgewehre: 89,0%	0,30
2001	Entschärfungsfahrzeuge inkl. Splitterschutzanzug: 71,5%; Revolver, Pistolen, Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile: 13,0%	2,51
2002	Treibstoff und Treibstoff-Komponenten für Satelliten : 40,8%; Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Sport- und Jagdgewehre, inkl. -teile, Teile für Maschinenpistolen: 31,7%; Gepanzerte Geländewagen (Personenschutz), Flinten, Munition für Flinten: 22,1%	1,06
2003	Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Sport- und Jagdgewehre, Schall- dämpfer und Teile für Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Sport- und Jagdgewehre: 69,3%; Komponente für Flüssigtreibstoffe: 23,7%	0,67
2004	Maschinenpistolen, Sport- und Jagdgewehre, inkl. Teile: 71,3%; Geländewagen: 22,5%	0,95
2005	Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Schalldämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre: 28,0%; Komponenten für Flüssigtreibstoffe: 19,3%; Splitterschutzanzüge, Körperschutzwesten und Teile für Körperschutzwesten: 13,2%; Tauchgeräte: 13,0%; Munition für Maschinenpistolen, Jagdwaffen und Sportwaffen: 10,6%	2,37
2006	Jagdgewehre, Sportgewehre und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 55,6%; Flüssigkeitreibstoffe: 39,4%	1,01
2007	Störsender und Teile für Störsender: 89,2%	16,29
2008	Jagdgewehre, Sportgewehre, Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Flinten und Teile für Revolver, Pistolen, Scharfschützengewehre, Jagdgewehre, Sportge- wehre: 39,8%; Satellitentreibstoff: 29,3%; Geländefahrzeuge und Geländewagen mit Sonderschutz: 25,9%	3,0
2009	Pyrotechnik und Brennstoffe: 49,9%; Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten, Schalldämpfer, Waffenzielgeräte und Teile für Pistolen, Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten: 32,1%	3,48

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2010	Explosivstoffe und Brennstoffe: 53,0%; Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Sportpistolen, Flinten: 35,1%	3,95
2011	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstlade Flinten: 44,2%; Satellitentreibstoff und Laborchemikalien: 40,4%	4,23
2012	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Flinten, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Flinten: 35,7%; Satellitentreibstoff und Laborchemikalien: 24,3%; Wärmebildausrüstung: 20,3%	4,94
2013	Wärmebildausrüstung: 33,3%; Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Flinten: 27,5%; Teile für elektronische Gegenmaßnahmen: 16,9%; Satellitentreibstoff: 13,2%	7,98
2014	Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten, Waffenzielgeräte, und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre, Selbstladebüchsen, Jagdselbstlade Flinten: 57,4%; Satellitentreibstoff und Laborchemikalien: 35,0%	3,31
2015	Fernmeldeaufklärungssystem, Funkstörsysteme und Teile für Funkstörsysteme: 81,3%	33,11
2016	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Magazine, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Jagdselbstlade Flinten: 55,9%; Satellitentreibstoff und Laborchemikalien: 39,8%	1,70
2017	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 47,8% Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Jagdselbstlade Flinten: 42%	3,78
2018	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten und Teile für Jagdgewehre, Sportgewehre: 68,4% Satellitentreibstoff und Laborchemikalien: 17,4%	1,04
2019	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Magazine und Teile für Jagdgewehre, Selbstlade Flinten: 67,1% Satellitentreibstoff und Laborchemikalien: 21,6%	1,71
2020	Jagdgewehre, Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Magazine, Waffenzielgeräte und Teile für Jagdgewehre, Jagdselbstlade Flinten: 76,3%	1,55
2021	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Rohrwaffen-Lafetten und Teile für Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Flinten, Jagdselbstlade Flinten: 43,4% Container: 41,7%	2,21
2022	Jagdgewehre, halbautomatische Jagd-/Sportgewehre, Jagdselbstlade Flinten, Wechselmagazine und Teile für Jagdgewehre, Jagdselbstlade Flinten: 99,1%	1,08

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 1999-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 1999–2022

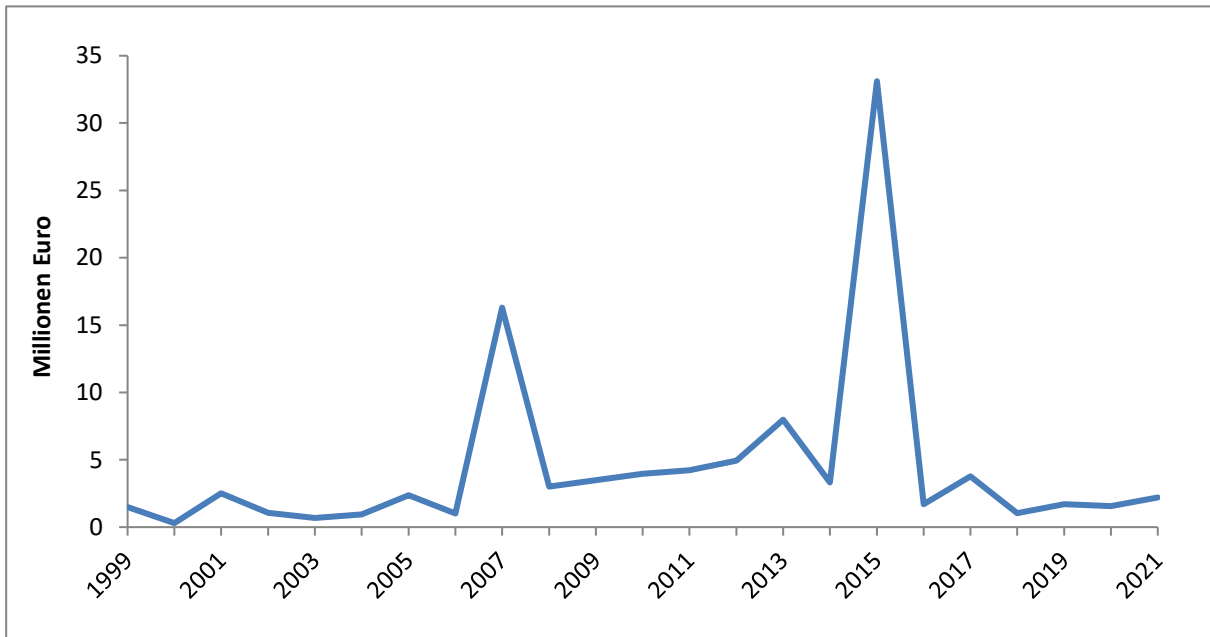


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Kasachstan 2000-2022

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Kommentar
(12)	EC145	Leichte Helikopter	2010	2011-2017	(12)	Gebaut in Kasachstan als KH-145 (weitere Lieferungen an nicht-militärische Regierungsbehörden)
8	TP400-D6	Propellerturbinenluftstrahltriebwerk	2021			Für 2 spanische A400M-Transportflugzeuge

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Kasachstan zählt nicht zu den Hauptempfängerländern deutscher Rüstungsexporte. In den vergangenen Jahren lieferte Deutschland regelmäßig Jagd- und Sportwaffen, allerdings lediglich in einstelliger Millionenhöhe. 2007 stiegen die Rüstungsexporte nach Kasachstan an, als Deutschland für über 16 Millionen Euro Störsender sowie dazugehörige Ersatzteile verkaufte. 2015 exportierte die Bundesregierung darüber hinaus Fernmeldeaufklärungs- und Funkstörsysteme für rund 33 Millionen Euro, was bisheriger Höhepunkt der Exporte ist. 2021 wurden acht TP400-D6 Propellerturbinenluftstrahltriebwerke für zwei Transportflugzeuge aus spanischer Produktion bestellt.

Im Jahre 2010 bestellte Kasachstan zwölf EC145 Vielzweckhubschrauber beim deutsch-französisch-spanischen Konzern Eurocopter, die in Kasachstan montiert wurden. Die Grundlage hierfür bildete ein Abkommen über die Gründung eines 50:50-Joint-Ventures zur Montage und zum Vertrieb des Hubschraubers zwischen der Tochter der Airbus Group und dem kasachischen Maschinenbauunternehmen Kazakhstan Engineering. Es umfasst die Bereitstellung weiterer 39 EC145 an nicht militärische Regierungsbehörden, die allesamt bis Ende 2017 produziert und ausgeliefert wurden.

Kasachstan verfügt mit dem Kosmodrom Baikonur im Süden des Landes über den weltweit größten Raketenstartplatz. Bis 2050 ist dieser von der kasachischen Regierung an Russland vermietet und steht unter der Verwaltung der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos sowie der russischen Luftwaffe. Derzeit starten alle bemannten Raumflüge – mit Ausnahme der chinesischen – vom Kosmodrom aus zur Internationalen Raumstation ISS. Deutschland exportierte in den vergangenen Jahren regelmäßig Satelliten- und Raketentreibstoff.

Auch Waffen wurden aus Deutschland an Kasachstan geliefert: Auf Bestellung der Export-Importfirma Juwenta DB versorgte Sig Sauer – anfangs noch mit einer Ausfuhrgenehmigung – in den vergangenen Jahren den Sicherheitsdienst des:der Präsidenten:in der Republik Kasachstan und das Nationale Sicherheitskomitee/die Anti-Terror-Einheit Arystan mit hunderten Pistolen. Mittlerweile ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen den deutschen Waffenhersteller. 2014 durchsuchte die Polizei die Betriebsräume wegen des Verdachts des Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz und gegen das Waffengesetz. Denn bereits im März 2010 hatte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (Bafa) aus Sorge um die Menschenrechtslage in Kasachstan den Export von 70 Pistolen an die Präsidentengarde gestoppt. Das Unternehmen mit Firmensitz in Schleswig-Holstein soll das Geschäft aber trotzdem über die US-Niederlassung abgewickelt haben. Für die Genehmigung zur Ausfuhr in die USA soll der amerikanische Zivilmarkt als Endabnehmer angegeben worden sein. Die Pistolen seien dann nach Kasachstan gegangen. Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Kiel dauert noch an.

Seit 2015 müssen sich auch zwei Mitarbeiter der Juwenta DB aus Metzingen vor dem Tübinger Landgericht verantworten, die in 26 Fällen Waffen- und Waffenzubehörgeschäfte mit ausländischen Geschäftspartner:innen getätigt haben sollen, ohne die jeweilige Ausfuhrgenehmigung erhalten zu haben. Mit entsprechenden Genehmigungen werden seit einigen Jahren aber Jagd- und Sportgewehre sowie Zubehör, teilweise in Millionenhöhe, verkauft.

Bedeutung deutscher Rüstungsexporte für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Kasachstan 2018-2022, Mio. TIV¹

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	299	230	269	85	4	887

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Tabelle 4

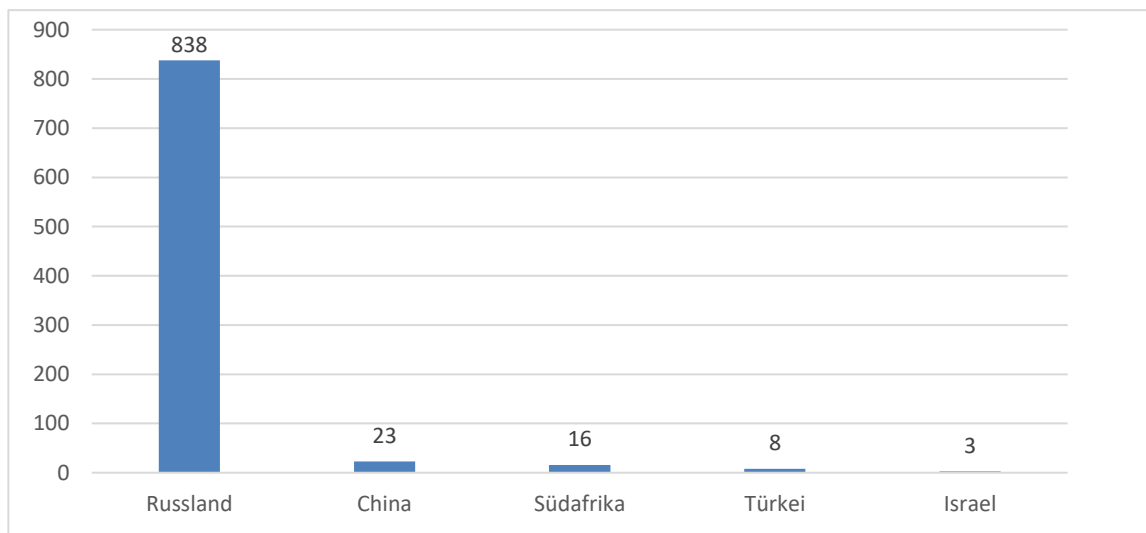
Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Kasachstan 2018-2022, Mio. TIV

Jahr	2018	2019	2020	2021	2022	2018-2022
Summe	-	-	-	-	-	-

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Schaubild 2

Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2018-2022, Mio. TIV



Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert ab. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://www.sipri.org/databases/armstransfers/background#TIV-tables>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Laut SIPRI Arms Transfers Database (Stand: Mai 2023) rangierte Kasachstan zwischen 2018 und 2022 auf der 35. Stelle der weltweit größten Waffenimporteure. So stiegen die Importe moderner Waffensysteme trotz umfangreichen Ausbaus der lokalen Rüstungsindustrie in den vergangenen Jahren deutlich an (zwischen 2010 und 2014 lag Kasachstan bspw. noch auf Platz 55 der weltweiten Waffenimporteure). Zugleich wuchsen auch die absoluten Verteidigungsausgaben Kasachstans in den vergangenen Jahren. Da der Staatshaushalt allerdings stark von Einnahmen durch Erdöl- und Gas-Exporte abhängig ist, sanken die Militärausgaben 2016 und 2017 im Zuge des Ölpreisverfalls um insgesamt rund 300 Millionen Euro.

Russland ist seit der Unabhängigkeit der Republik im Jahre 1991 der wichtigste Lieferant von Rüstungsgütern. So verkaufte Russland zwischen 2007 und 2010 beispielsweise 79 BTR-80 Schützenpanzer in einem Gesamtvolumen von 40 Millionen US-Dollar sowie zwölf Mi-8 und Mi-17 Kampfhubschrauber. Die Küstenwache erhielt zwischen 2012 und 2016 zehn bewaffnete Transporthubschrauber Mi-8MT/17 des russischen Konzerns Mil. Die Marine hat zusätzlich ein russisches Minenräumboot (Projekt 10750) bekommen, das 2017 ausgeliefert wurde. Jüngere Rüstungsgeschäfte mit Russland umfassten insbesondere Fluggeräte: So hat Kasachstan seit 2015 24 Su-30SM Kampfflugzeuge und 12 Mi-35M Kampfhubschrauber erhalten sowie drei Transporthubschrauber vom Typ Mi-17Sh. Seit 2014 hat Kasachstan zudem eine Vielzahl von S-300PS Luftabwehrraketensystemen als Schenkung aus Russland erhalten. Wie viele Systeme genau diese Schenkung umfasst ist unklar (mind. fünf Systeme). Zusätzlich importierte es ein Buk-M2E Luftabwehrraketensystem und 100 Boden-Luft-Raketen aus Russland.

Auch Großwaffensysteme aus China hat Kasachstan in den letzten Jahren erhalten: So importierte es 50 Panzerabwehrraketen, drei bewaffnete Wing Loong-1 Drohnen und ein Transportflugzeug vom Typ Y-8 aus China. Auch Großwaffensysteme aus Südafrika haben in den letzten Jahren für Kasachstan an Bedeutung gewonnen: Zwischen 2016 und 2020 produzierte Kasachstan in Lizenz 131 südafrikanische gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ Marauder. 2020 wurde die Lizenzproduktion von drei Mbombe-6 Schützenpanzer beschlossen. In den letzten fünf Jahre hat außerdem die Türkei als Rüstungslieferant an Bedeutung für Kasachstan gewonnen: So wurden für die südafrikanischen Marauder Schützenpanzer 131 Geschütztürme geliefert. Außerdem lieferte die Türkei eine von drei geordneten bewaffneten Anka Drohnen im Jahr 2022 nach Kasachstan. Als fünfgrößter Lieferant zwischen 2018 und 2022 hat Israel 20 gepanzerte SandCat Fahrzeuge nach Kasachstan exportiert.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

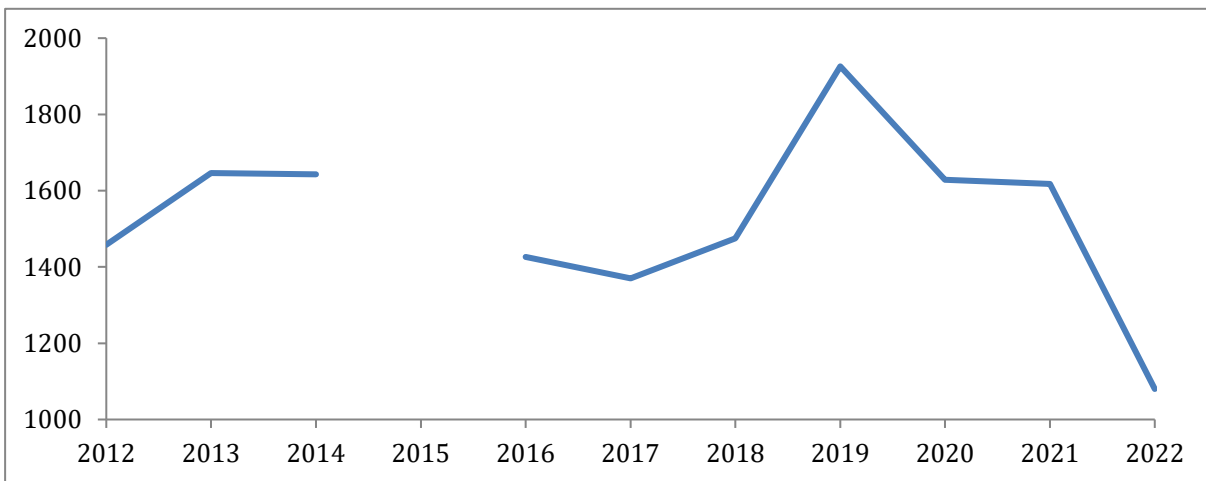
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1475	1926	1629	1618	1080

	2018	2019	2020	2021	2022
Anteil am BIP (in Prozent)	0,8	1,0	0,9	0,8	0,5
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	4,4	5,0	3,7	3,7	2,5

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 3

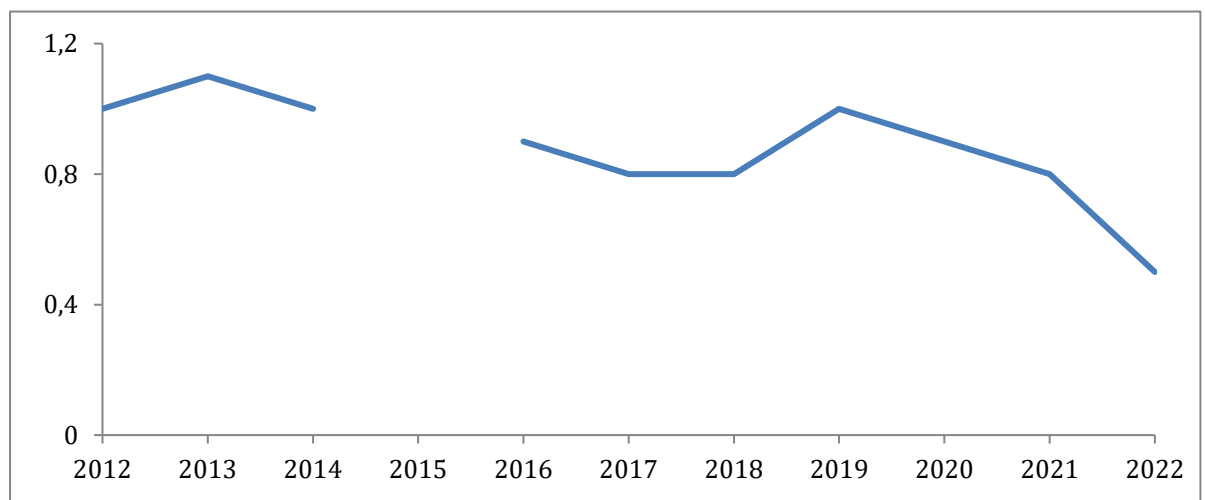
Absolute Militärausgaben, Trend 2012 – 2022 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Schaubild 4

Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2012 – 2022 (in Prozent)



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.
 Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Lokale Rüstungsindustrie

Zur Zeit des Kalten Krieges waren rund 50 sowjetische Rüstungsunternehmen mit 75.000 Angestellten in der kasachischen Republik stationiert, die insbesondere auf die Herstellung von maritimen Waffen und Komponenten für Panzer spezialisiert waren. Darüber hinaus wurden u.a. Kleinwaffen, Raketensysteme und Luftabwehrsysteme produziert. Mit der Almaty Fabrik für Schwermaschinenbau befand sich das damals weltweit größte Unternehmen zur Herstellung von Torpedos in Kasachstan. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der daraus resultierenden Wirtschaftskrise verringerte sich die Nachfrage nach Rüstungsgütern, sodass auch die lokale Rüstungsindustrie bis 1994 fast vollständig zum Erliegen kam. Erst mit dem staatlich geförderten Wiederaufbau der Waffenindustrie stieg auch die Anzahl der Unternehmen im unabhängigen Kasachstan seit 2003 wieder an.

Heute produziert Kasachstan eine Vielzahl unterschiedlicher Waffensysteme, überwiegend für das eigene Militär. Ziel ist es, bis 2021 80 Prozent des militärischen Bedarfs im eigenen Land abzudecken (derzeit ca. 50 Prozent, Stand: Dezember 2018), um die Importabhängigkeit, insbesondere von russischen Waffensystemen, zu verringern. Gleichzeitig möchte Kasachstan langfristig zu einem führenden Exporteur von Waffensystemen und Munition aufsteigen, um die Wirtschaft unabhängiger von Öl- und Gasexporten zu machen. Bis 2021 soll der Anteil der lokalen Rüstungsindustrie am Bruttoinlandsprodukt bei mindestens dreizehn Prozent liegen. Dazu wirbt Kasachstan, speziell auf der seit 2010 in der Hauptstadt Astana stattfindenden Rüstungsmesse KADEX, aktiv um den Aufbau von Produktionsstätten ausländischer Unternehmen; auch aus den USA und anderen westlichen Staaten.

Es produzieren bereits diverse internationale Rüstungsfirmen, primär um neue Absatzmärkte zu erschließen, auf Lizenzbasis in dem zentralasiatischen Land. Die staatliche gesteuerte Kazakhstan Engineering (KE) – ein 2003 gegründeter Verteidigungsindustrie-Komplex von 27 Unternehmen – spielt hierbei eine zentrale Rolle. Neben der eigenen Produktion und Modernisierung von Rüstungsgütern (darunter das Multiple-Start Raketensystem Shirokii Spector sowie die bewaffneten Mannschaftstransporter BARYS 6x6 und BARYS 8x8) hält KE bei diversen Joint Ventures 50 Prozent der Unternehmensanteile, beispielsweise bei Eurocopter Kazakhstan Engineering, Thales Kazakhstan Engineering und Kazakhstan Aselsan Engineering.

Im Juni 2012 eröffnete Airbus Helicopters die erste Fabrik zur gemeinsamen Produktion von EC145 Hubschraubern in der Hauptstadt Astana (jährlich 10 Stück). Seit 2013 stellt der staatliche Rüstungskomplex bereits Zielfernrohre und Nachtsichtgeräte für das kasachische Militär mit Lizenz der türkischen Firma Aselsan im eigenen Land her. 2014 begannen KE und Thales aus Frankreich mit der gemeinsamen Produktion von Radarsystemen zur Luftabwehr. Mit ECA Robotics fertigt ein weiterer französischer Konzern unbemannte Unterwasserfahrzeuge in Kasachstan. 2015 startete Kazakhstan Engineering die Produktion der Predator XP MALE Drohne des US-amerikanischen Unternehmens General Atomics. Der südafrikanische Rüstungskonzern Paramount gründete Ende 2015, gemeinsam mit KE, die größte Fabrik zur Produktion von bewaffneten, minengeschützten Marauder-Mannschaftstransportern in der Region. Mit Lizenzgenehmigung der türkischen Firma BMC produziert KE auch diverse gepanzerte MRAP Mannschaftstransporter.

Bereits im Jahre 2010 entwickelte KE mit dem südkoreanischen Gemeinschaftsunternehmen Samsung Thales eine 152mm Kanonenhaubitze für das kasachische Militär.

Darüber hinaus existieren weitere Joint Ventures zwischen der kasachischen Verteidigungsindustrie und Unternehmen aus Israel, Italien, Spanien und der Slowakei. Auch Deutschland spielt eine Rolle: Kasachstans größter Rüstungsproduzent unterzeichnete im Oktober 2015 mit der Rheinmetall Eastern Markets GmbH, der Osteuropa-Tochter des deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, einen Vertrag zur Gründung eines gemeinsamen Unternehmens – Rheinmetall KE. Mit dem Joint Venture soll offiziellen Angaben zufolge ein staatliches militärisches Trainings- und Ausbildungszentrum aufgebaut und diverse Waffenkomponenten für Kasachstan zur Verfügung gestellt werden. Speziell Rheinmetalls 120mm Kanonen scheinen für die kasachische Produktion von bewaffneten Kampffahrzeugen von Interesse zu sein.

Die tschechischen Unternehmen Česká Zbrojovka Uherský Brod und Sellier & Bello produzieren in Kasachstan Kleinwaffen bzw. Munition. Auch einige Unternehmen aus Russland produzieren und modernisieren Rüstungsgüter in dem zentralasiatischen Staat, darunter u.a. Ukroboronprom, Russian Helicopters sowie UralVagonZavod. So modernisiert Kasachstan gemeinsam mit UralVagonZavod beispielsweise T-72 Kampfpanzer. Im Mai 2012 schlossen die ukrainische Firma Ukroboronprom und Kazakhstan Engineering ein Abkommen zur gemeinsamen Produktion von 100 gepanzerten Schützenpanzern des Typs BTR-4 für die kasachische Armee. 2015 einigten sich die Ukraine und Kasachstan vertraglich auf die gegenseitige Belieferung mit Rüstungsprodukten; das Abkommen schließt auch die gemeinsame Entwicklung und Produktion von Drohnen für militärische und zivile Zwecke ein.

Im Zuge des intensiven Ausbaus der lokalen Rüstungsindustrie wurde im Oktober 2016 die Gründung eines eigenen Ministeriums für die Verteidigungs- und Luftfahrtindustrie beschlossen, welches den Technologietransfer mittels weitreichender Lizenzproduktionen unter Beteiligung der staatlichen KE im eigenen Land weiter fördern soll.

Mit dem Export von 50 MRAP Mannschaftstransporter nach Jordanien und einer unbekannt Menge nach Aserbaidschan konnte Kasachstan im Jahre 2016 die ersten großen Verträge zur Ausfuhr von lokal produzierten Rüstungsgütern realisieren.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; 12 Monate

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

39.000 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 20.000

Marine: 3.000

Luftwaffe: 12.000

Truppen des Verteidigungsministeriums: 4.000

Gendarmerie & Paramilitärische Einheiten: 31.500, davon:

Nationalgarde: ca. 20.000

Zentrale Sicherheitskräfte: 2.500

Grenztruppen: ca. 9.000

Quelle: IISS Military Balance 2023

Tabelle 6

Stärke der Streitkräfte, Trend 2014–2022

	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	39	39	39	39	39	39	39	39	39
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	2,3	2,2	2,2	2,2	2,1	2,1	2,1	2,1	2

Quellen: IISS Military Balance 2015-2023, World Bank

Kommentar

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verringerte sich in Kasachstan die Anzahl der Streitkräfte. Im Zuge der militärischen Neuausrichtung und Professionalisierung wurde die Gesamtzahl der Streitkräfte verschlankt, gleichzeitig aber der Umfang der militärischen Übungen ausgeweitet und eine Modernisierung der zumeist veralteten Waffensysteme auf den Weg gebracht. In den kommenden Jahren sollen über 70 Prozent des militärischen Equipments modernisiert werden, ein großer Teil wurde bereits modernisiert. Kasachische Militärs werden auch in Kasernen und Universitäten der Bundeswehr ausgebildet. Die Streitkräfte Kasachstans, die von den USA finanziell unterstützt werden, gelten als diejenigen, mit der höchsten Einsatzbereitschaft in den GUS-Staaten. Das Heer verfügt über 20.000 Soldat:innen, leidet aber mittlerweile im Zuge der Ukraine-Krise unter Rekrut:innenmangel. Potentielle Rekrut:innen könnten ähnliche Szenarien in Kasachstan befürchten.

Schwerpunkt ist nicht nur die Bekämpfung von gewalttätigem Extremismus, sondern auch die Grenzsicherheit und hybride Bedrohungen. Besonders seit der erneuten Machtübernahme der Taliban in Afghanistan haben die Sicherheitskooperationen mit Usbekistan zugenommen. Eine weitere umfangreiche Kooperation besteht mit Russland, welche etwa ein Radarsystem in Balkash betreibt und wichtige Militärgüter liefert.

Die Armee beteiligte sich mehrfach an Friedens- und Beobachtungsmissionen im Rahmen der Vereinten Nationen (u.a. im Irak, Nepal oder dem Referendum in der Westsahara). Im Juni 2017 wurde mit Russland auch über die Entsendung von Militärs nach Syrien verhandelt. Die Marine wurde 2003 erneut als eigenständige Teilstreitkraft aufgestellt und umfasst derzeit lediglich 3.000 Soldat:innen. Bei der Sicherung der kasachischen Außengrenzen wird diese von den paramilitärischen Grenztruppen (9.000 Soldat:innen) unterstützt. Zusätzlich existieren Spezialkräfte zur Terrorismusbekämpfung und eine mit 20.000 bewaffneten Sicherheitskräften sehr personalstarke Nationalgarde, die 1992 vom ehemaligen Präsidenten Nursultan Nasarbajew gegründet wurde.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	350	
Aufklärer	100	
Schützenpanzer	413	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	340	
Pionierpanzer	Einige	MT-LB
Artillerie	490	
Panzerabwehr	Mehr als 6	Zahl der selbststeuernden Panzerabwehrraketen und Geschütze; zusätzlich tragbare Panzerabwehrlenk Waffen (u. a. AT-4 Spigot; AT-5 Spandrel)
Raketen	12	SS-21 Scarab

Quelle: IISS Military Balance 2023

Kommentar

Eine Vielzahl der Waffensysteme stammt noch aus Zeiten des Kalten Krieges oder wurde aus ehemaligen Beständen der Sowjetunion beschafft. Aufgrund der damaligen sowjetischen Militärdoktrin, die auf einen konventionellen Landkrieg ausgelegt war, besitzt das Heer heute noch umfangreiche Bestände an Kampf- und Schützenpanzern. Gemessen an der Anzahl der Waffensysteme, haben die kasachischen Landstreitkräfte im regionalen Vergleich nach Turkmenistan die größte militärische Schlagkraft in Zentralasien. So verfügt das Heer derzeit über 350 T-72BA-Kampfpanzer, 100 Spähpanzer (40 BRDM-2, 60 BRM-1), 413 Schützenpanzer (280 BMP-2, 70 BTR-80A, 63 BTR-82A) sowie 340 gepanzerte Mannschaftstransportpanzer (50 MT-LB, 150 BTR-80, 138 Arlan, 2 BTR-3E). Bei den gepanzerten Mannschaftstransportern Arlan handelt es sich um in Kasachstan in Lizenz produzierte Fahrzeuge des Typs Marauder, die ursprünglich in Südafrika entwickelt wurden. Weitere 41 Fahrzeuge wurden wahrscheinlich 2018 von Kazakhstan Paramount Engineering (KPE) bestellt. Diese Zahl wurde zunächst auf 30 und im August 2020 auf 11 reduziert. Diese Reduktion bedroht nach Aussagen von KPE die Produktionskapazitäten und könne das Aus für KPE bedeuten. Berichten zufolge testete das Heer Ende 2020 zudem Schützenpanzer des Typs Otokar Arma 8x8, was eine bevorstehende Beschaffung des in diversen Ausführungen verfügbaren Schützenpanzers nahelegen würde.

Der Artillerie stehen 100 122-mm-D-30-Geschütze, 70 152-mm-2A65-Geschütze, 24 152-mm-D-20-Geschütze, 66 122-mm-2S1-Selbstfahrlafetten, 60 152-mm-2S3M-

Selbstfahrlafetten, 80 122-mm-BM-21-Mehrfachraketenwerfer, drei 220mm-TOS-1A Mehrfachraketenwerfer, sechs 300mm-BM-30 „Smerch“-Mehrfachraketenwerfer, 18 300mm-IMI „Lynx“-Mehrfachraketenwerfer, zwölf SS-21-SCARAB-Raketenwerfer, 45 120-mm-2B11/M-120-Granatwerfer und 18 120-mm „Cardom“-Panzerabwehrkanonen zur Verfügung. Zusätzlich verfügt Kasachstan über diverse Panzerabwehrlenkwaffen.

Da von den umliegenden Nachbarstaaten mittlerweile keine direkte Gefahr mehr ausgeht und Kasachstan an keinem aktiven Gewaltkonflikt beteiligt ist, zählen nun insbesondere der Schutz natürlicher Ressourcen, die Bekämpfung des Terrorismus und die Sicherung der Außengrenzen zu den Hauptaufgaben der Armee. Dazu wurde die Struktur des Heeres verschlankt und der Schwerpunkt – auch bei der Rüstungsbeschaffung – auf Mobilität und eine verbesserte Qualität gesetzt.

Die Mengenangaben der genannten Waffensysteme haben sich dem International Institute for Strategic Studies zufolge im Jahr 2021 deutlich verringert. So hat sich die Anzahl der Schützenpanzer in diesem Zeitraum von 607 auf 413, die der gepanzerten Mannschaftstransporter von 432 auf 340, die Zahl der D-30 Geschütze von 400 auf 100 und die Zahl der Selbstfahrlafetten von 246 auf 126 verringert. Auch die Mehrfachraketenwerfer wurden von 200 auf 80 reduziert, manche Systeme sind gänzlich entfallen. Lediglich bei den schweren Panzern und einigen Geschützen hat sich die Anzahl moderat erhöht. Ob dies auf eine großangelegte Veräußerung des Materials oder aktuelle Modernisierungsaufträge zurückzuführen ist, bleibt derzeit unklar.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Patrouillenboote	14	
Minenboote	1	
Logistik und Unterstützung	1	

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Kommentar

Die kasachischen Seestreitkräfte existieren seit 1993 und wurden 1996 in die Küstenwache integriert. 2003 wurde die Marine dann erneut als eigenständige Teilstreitkraft aufgestellt. Neben der Bekämpfung von Piraterie, Schmuggel, Terrorismus und illegalem Drogenhandel soll sie insbesondere die Häfen und Ölbohrplattformen im nördlichen Teil des Kaspischen Meers sichern. Militärstrategisch wird dabei insbesondere auf schnelle Patrouillenboote gesetzt, von denen Kasachstan derzeit vierzehn Stück besitzt. Mindestens fünf dieser amphibischen Schnellboote – häufig mit Artillerie bewaffnet – wurden von Kasachstans Zenit Uralsk Shipyard im eigenen Land produziert. Aus Russland wurde 2016 zudem das erste Minensuchboot beschafft. Die Marine soll zukünftig weiter ausgebaut werden. Dazu wurde im Juni 2016 auch der Kauf von sechs Korvetten der türkischen

Firma Dearsan, ausgestattet mit einer Start- und Landeplattform für Drohnen, beschlossen. Diese wurden aber bisher nicht geliefert. Neben diesen Schiffen steht der Marine ein Minensuchboot des Typs Alatau zu Verfügung. Zum Schutz der rund 1.900 Kilometer langen Küste am Kaspischen Meer standen der Marine bis 2021 zusätzlich 70 BTR-82A Schützenpanzer zur Verfügung, welche in den bis dahin existierenden Küstenschutz integriert waren. Stand 2023 scheint diese Einheit aufgelöst worden zu sein – nähere Informationen zum Verbleib der Panzer oder einer Reorganisation der Einheit liegen derzeit jedoch nicht vor. Da der Marine keine Pilot:innen unterstehen, muss die Luftwaffe Aufgaben wie etwa Aufklärung und Luftraumüberwachung übernehmen.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Abfangjäger	61	
Jagdbomber	45	
Kampfflugzeuge	14	
Flugzeuge zur Luftaufklärung	1	
Transportflugzeuge	21	Davon 1 Passagierflugzeug
Ausbildungsflugzeuge	19	
Kampfhubschrauber	32	Einige davon modernisiert
Mehrzweckhubschrauber	26	
Transporthubschrauber	16	
Drohnen	2	<i>Wing Loong (Gongji-1)</i> ; zur strategischen Aufklärung, kampffähig
Luftabwehr	Mehr als 61	
Raketen	Einige	u. a. AA-11 <i>Archer</i> , AA-10 <i>Alamo</i> , AS-10 <i>Karen</i> , AS-14 <i>Kedge</i>

Quelle: *IISS Military Balance 2023*

Kommentar

Die kasachische Luftwaffe gilt mit ihren 12.000 Soldat:innen als fähigste und am besten ausgestattete in der zentralasiatischen Region. Nach Angaben der Military Balance hat die kasachische Luftwaffe derzeit 120 kampffähige Flugzeuge sowie 32 Kampfhubschrauber in Betrieb. Teil dieser Luftflotte sind 45 Jagdbomber der Typen MiG 29 A (12 Stück), MiG-29 UB (2 Stück) und MiG-31/MiG-31 BM (31 Stück) und 61 Abfangjäger der Typen MiG-27 (12 Stück), MiG-23 UB (2 Stück), Su-27 (20 Stück), Su-27 UB (4 Stück) und Su 30 SM

(23 Stück). Fast alle dieser Kampfflugzeuge stammen aus ehemaligen Beständen der Sowjetunion und werden derzeit umfassend modernisiert. Zusätzlich ist die Beschaffung von weiteren Su-30SM Mehrzweckkampfflugzeugen aus Russland vorgesehen. Die im Bestand befindlichen 32 Kampfhubschrauber stammen ebenfalls aus russischer Produktion. Hierbei handelt es sich um die Typen Mi-24 (20 Stück) und Mi-35M (12 Stück).

Die Luftwaffe verfügt darüber hinaus über eine unbekannte Anzahl von Luft-Luft-Lenk- raketen und Lang-, Mittel- und Kurzstrecken Boden-Luft-Raketen. 2016 wurden die kasachische Luftwaffe mit zwei bewaffneten Wing Loong Drohnen aus China ausgestattet. Die Predator XP Drohne zur taktischen Luftraumaufklärung wird seit 2014 mit US-Lizenz im eigenen Land produziert. Aufgrund der großen Landfläche und den schwierigen topographischen Gegebenheiten sind auch die 21 Transportflugzeuge, 16 Transport- sowie 26 Mehrzweckhubschrauber für das Militär von zentraler Bedeutung. So soll die Mobilität aller Teilstreitkräfte zukünftig insbesondere durch die Anschaffung neuer Transportflugzeuge von Airbus sowie neuer EC145 Helikopter – mit Lizenz im eigenen Land produziert – verbessert werden. Bis 2017 wurden 12 EC145 in Betrieb genommen.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Nationalgarde:

Einige gepanzerte Mannschaftstransporter

1 Transportflugzeug

Grenztruppen:

6 leichte Flugzeuge (davon 1 Passagierflugzeug)

15 Transporthubschrauber

Küstenwache:

25 Patrouillenboote

Quelle: IISS Military Balance 2023

Box 5

Peacekeeping

Libanon (UNIFIL): 9 Soldat:innen

Westsahara (MINURSO): 6 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2023

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Der amtierende Präsident Qassym-Schomart Toqajev ist als Staatsoberhaupt auch Oberbefehlshaber der Armee und verantwortlich für die Ernennung der militärischen Führung. Sein Vorgänger, Präsident Nursultan Nasarbajew (1990-2019), genoss

weitreichende, z. T. lebenslange Befugnisse über einige Regierungsfunktionen. Unter ihm wurde das Verteidigungsministerium zumeist von einem Generaloberst geleitet. Der:die Präsident:in wird vom Nationalen Sicherheitsrat, dem einige hochrangige Militärgeneräle:Militärgeneralinnen angehören, unterstützt und politisch beraten. Diverse obere Armeeangehörige sind auch in der Politik aktiv. So arbeitete der ehemalige Verteidigungsminister Mughtar Altynbajew nach seiner aktiven Militärkarriere als Abgeordneter in den zwei legislativen Kammern. Bereits im Februar 2001 wurde per Präsidialerlass die Funktion des:der Verteidigungsminister:in und Generalstabs strikt unterteilt. Während der:die Verteidigungsminister:in eher administrative und politische Funktionen einnimmt, führt der:die Generalstabschef:in alle kasachischen Teilstreitkräfte an.

Das Ansehen des Militärs in der Gesellschaft ist vergleichsweise hoch. Es besteht eine Wehrpflicht von 12 Monaten. Seit der Gewalteskalation in der Ukraine und Spekulationen über einen möglichen Einsatz kasachischer Bodentruppen in Syrien beklagt das Militär jedoch Rekrutierungsprobleme.

2014 wurden die militärischen Truppen des Innenministeriums in die Nationalgarde eingegliedert. Dabei handelt es sich um eine paramilitärische Einheit mit rund 20.000 Mitgliedern, die ebenfalls dem Innenministerium untersteht. Die sogenannten inneren Truppen waren ein Relikt aus der Zeit der Sowjetunion. Entsprechend sowjetischer Doktrin waren sie zuständig für die Niederschlagung von durch den Westen geschürte Volksaufstände. Auch die aktuelle kasachische Militärdoktrin vom Oktober 2017 weist der Nationalgarde diese Funktion eines Einsatzes gegen interne, bewaffnete Aufstände zu; allerdings mit dem Unterschied, dass sich die Befürchtungen bezüglich einer Einflussnahme von außen mittlerweile nicht mehr auf den Westen, sondern vielmehr auf eine russische Einflussnahme, ähnlich wie in der Ukraine, beziehen.

Zu Beginn des Jahres 2022 wurden, in Reaktion auf die starken Unruhen im Januar (mehr dazu unter „[Spannungen und innere Konflikte](#)“) zunächst mehrere hohe Ämter neu besetzt – wie etwa der Chef des Sicherheitsrates oder die Führungsriege des KNB – und schließlich die gesamte Regierung entlassen. Der weitreichende direkte Einfluss Nasarbajews und seiner Vertrauten gilt damit als beendet. Inwiefern sich neue staatliche Strukturen und Amtsträger:innen in Zukunft auf die Einbettung des Militärs und die zivil-militärischen Beziehungen auswirken werden, bleibt zunächst abzuwarten.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2017	2018	2019	2020	2021
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	0,7	0,6	0,6	0,7	0,6

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e99eda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Die Hauptaufgaben der kasachischen Polizei, die seit 2011 dem Innenministerium unterstellt ist, liegen in der Verbrechensbekämpfung, dem Schutz der öffentlichen Ordnung und Sicherheit. Die Anfang 2000 gegründeten individuellen Straf-, Verwaltungs- und Verkehrspolizeieinheiten wurden 2013 zusammengelegt. Am 1. Januar 2016 wurden in Kasachstan regionale Polizeistrukturen eingeführt, um die öffentliche Ordnung und Verkehrssicherheit in dem flächenmäßig großen Binnenstaat auch auf lokaler Ebene zu gewährleisten. Zur Bekämpfung und Untersuchung von Korruptionsfällen und der Schattenwirtschaft wurde zusätzlich eine Finanzpolizei eingerichtet. Laut Daten des UNODC liegt die Personalstärke der Polizei bei rund 75.000, d. h. auf 100.000 Einwohner:innen kommen in Kasachstan etwa 405 Polizist:innen. Auch die rund 9.000 Grenzschutztruppen unterstehen dem Innenministerium. Diese sind mit sechs Transportflugzeugen (davon drei taktische Antonow An-26 Kampfbombentransportflugzeuge) und 15 in Russland hergestellten Mil Mi-171 Hubschraubern ausgestattet.

Mit Antiterrormaßnahmen gegen Gruppierungen, die als Bedrohung der nationalen und internationalen Sicherheit angesehen werden, ist seit 1992 der Inlandsgeheimdienst KNB beauftragt. Diese Maßnahmen wurden aufgrund der erhöhten Terrorgefahr in Kasachstan insbesondere gegen Mitglieder verbotener islamistischer Gruppierungen und islamistischer Parteien ausgeweitet. So kam es in der Vergangenheit speziell zu gezielten Terroranschlägen auf Polizeibeamt:innen: Im November 2011 erschoss ein Islamist in der Stadt Taras im Süden des Landes sieben Menschen, darunter fünf Polizist:innen. Am 5. Juni 2016 ereignete sich ein Angriff Bewaffneter auf Waffengeschäfte und einen Stützpunkt der Nationalgarde in der Stadt Aktobe im Nordwesten Kasachstans. 19 Menschen starben, 38 weitere wurden verletzt. Am 18. Juli 2016 gab es einen gezielten Angriff mit islamistischem Hintergrund auf eine Polizeistation in Almaty, bei dem mehrere Polizist:innen getötet wurden. Zur zukünftigen Bekämpfung des innerstaatlichen Terrorismus wurde das Arystan Task Force Team des Nationalen Sicherheitskomitees der Republik Kasachstan gegründet (Personalstärke über 150).

Korruption innerhalb des öffentlichen Sicherheitsapparates ist weit verbreitet. Als Ursache dafür kann u. a. das geringe Lohnniveau der Polizeibeamt:innen benannt werden. Willkürliche Verhaftungen von Regimekritiker:innen, Oppositionellen und Journalist:innen durch die Sicherheitskräfte finden regelmäßig statt. Nicht vom Staat genehmigte Kundgebungen und friedliche Demonstrationen werden von der Polizei häufig unter Anwendung von Gewalt aufgelöst. Beim sogenannten Schangaösen-Massaker im Westen Kasachstans wurden am 16. und 17. Dezember 2011 mindestens zwölf Demonstrierende von der Polizei getötet. Nach dieser gewaltsamen Niederschlagung der Proteste von Ölarbeiter:innen weiteten sich die Demonstrationen auf andere Städte Kasachstans aus. Dabei kam es immer wieder zu Zusammenstößen zwischen Demonstrant:innen und der Polizei. Auch nach der Währungsabwertung im Februar 2014 und der Landreform 2016 kam es zu Protesten und Zusammenstößen mit der Polizei. 2017 hat sich die Anzahl unangekündigter polizeilicher Durchsuchungen christlicher Gemeinden stark erhöht. Die Polizeirazzien in Kirchen, bei denen Geldstrafen ohne Gerichtsurteil verhängt wurden, können als Kampagne gegen christliche Versammlungen ohne staatliche Genehmigungen angesehen werden.

Diverse Berichte verweisen auf Folter, Misshandlungen und menschenunwürdige Verhörmethoden durch kasachische Sicherheitskräfte. Laut Amnesty International soll auch der kasachische Geheimdienst KNB Geständnisse unter Anwendung von Folter und anderen Misshandlungen erpresst haben. Zwar wurde der National Preventive Mechanism against Torture (NPM) als Teil des Büros für Menschenrechte ins Leben gerufen und hat 2020 über 100 Folter- und Misshandlungsvorwürfe gegen Sicherheitskräfte geprüft – eine strafrechtliche Verfolgung der Beamt:innen bleibt aber meist aus, dokumentiert der [Menschenrechtsbericht 2020](#) der USA.

Insbesondere die OSZE arbeitet gemeinsam mit Kasachstan an Reformen im Bereich der Strafverfolgung und an der Förderung demokratischer Prinzipien innerhalb der zuständigen Behörden. Die Einrichtung eines Kooperationsprojekts zur Polizeientwicklung ist eine zentrale Errungenschaft auf diesem Gebiet. Zu den jüngsten wichtigen Erfolgen gehören mehrere regionale Veranstaltungen in Zusammenarbeit mit der OSCE Strategic Police Matters Unit zur praktischen Umsetzung des Leitfadens für demokratische Polizeiarbeit (Guidebook on Democratic Policing), ein Langzeitpilotprojekt über internationale Standards in Polizeidienststellen und Untersuchungsgefängnissen in Almaty sowie ein fünfteiliges Schulungsprogramm zur Verbesserung der bürgernahen Polizeiarbeit in Kasachstan.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Möglicherweise kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kommentar

Kasachstan ist zahlreichen Abrüstungsverträgen beigetreten. Am 12. Oktober 2017 ratifizierte das kasachische Parlament auch den Arms Trade Treaty. Der Nicht-Beitritt zu verschiedenen nuklearen Rüstungskontrollverträgen wie dem partiellen atomaren Teststopp Vertrag von 1963 ist auf den langjährigen Besitz ehemaliger sowjetischer Atomwaffensprengkörper zurückzuführen. In Kasachstan befand sich zur Zeit des Kalten Krieges eines der größten Nuklearwaffenarsenale weltweit. Die 1.400 strategischen Nuklearwaffensprengköpfe wurden zerstört oder an Russland zurückgegeben. Besonders aber der Nicht-Beitritt zum Übereinkommen über Streumunition und der Ottawa-Konvention sind problematisch. Laut der unabhängigen Organisation Handicap International, sowie dem [Landmine Monitor 2022](#) zufolge, lagern in Kasachstan weiter Anti-Personen-Minen. Auch Streumunition wird eingelagert.

Derzeit sind keine Sanktionen seitens der EU und der Vereinten Nationen gegen Kasachstan in Kraft. In den vergangenen Jahren vermittelte das Land bei den Atomverhandlungen mit dem Iran. 2017 trafen sich unter Vermittlung Russlands, der Türkei und Irans Vertreter:innen der syrischen Regierung und der Opposition in der kasachischen Hauptstadt Astana. Der ehemalige Präsident Nursultan Nasarbajew spielte bei der Versöhnung zwischen Syrien und der Türkei eine zentrale Rolle.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2022

Kazakhstan is a constitutional republic with power concentrated in the presidency. The government and constitution concentrate power in the presidency. Kassym-Jomart Tokayev became president in 2019 and was re-elected in November 20 snap elections. These elections were marked by a lack of competitiveness and limitations on free speech and freedom of assembly that narrowed the space for critical voices, according to an observation mission by the Organization for Security and Cooperation in Europe's Office for Democratic Institutions and Human Rights. The executive branch controls the legislature and the judiciary, as well as regional and local governments. Changes or amendments to the constitution require presidential consent. On June 5, the country held a binding referendum on approval of 33 proposed constitutional changes to rebalance the division of state powers with the stated aim to reduce the influence of the presidency and strengthen other institutions. Many observers welcomed the initiative, which followed the political turmoil and violence of the January unrest. Independent observers, including the Organization for Security and Cooperation in Europe's Office for Democratic Institutions and Human Rights, stated that the referendum, which was announced one month prior on May 5, took place in an environment short of genuine political pluralism, with no active "No" campaign and a lack of meaningful political debate on the substance of the proposals. The Ministry of Internal Affairs supervises the national police force, which has primary responsibility for internal security. The Committee for National Security oversees internal and border security, as well as national security, antiterrorism efforts, and the investigation and interdiction of illegal or unregistered groups such as extremist groups, military groups, political parties, religious groups, and trade unions. The committee reports directly to the president, and its chairman sits on the Security Council. Civilian authorities maintained effective control over the security forces. There were reports that members of the security forces committed abuses. On January 5 through 8, as part of an apparent internal elite conflict, criminal elements incited to violence initially peaceful protests in several cities, which led to attacks on government buildings, security service personnel, and critical

infrastructure. During the government's response to the violence, authorities detained approximately 10,000 persons, most of whom were subsequently released. Two hundred thirty-eight persons, including 19 law enforcement and military personnel, died because of the violence, according to the government. Widespread allegations of torture and abuse in police custody were reported, including six deaths attributed by the government to unauthorized interrogation methods. Authorities restored order during a 15-day state of emergency that included a complete blocking of the country's internet for several days and a short-term deployment of peacekeeping units of the Collective Security Treaty Organization, of which the country is a member, to provide site security for critical infrastructure in Almaty and Astana. At year's end, investigations into the most sensitive cases, including those involving allegations of torture, abuse of power, and treason, were pending. On November 3, Tokayev signed a general amnesty applicable to over 1,400 of more than 1,600 civilian and police participants in the unrest who did not commit serious crimes such as torture, abuse of power, or treason. The government reported the amnesty had been applied to 1,086 individuals as of late December. On December 22, the Prosecutor General's Office announced that 1,249 persons had been convicted in connection with January events, with sentences including 160 prison terms for crimes including theft and participation in riots. Immediately after the January events, Tokayev announced several reform measures to address grievances raised in the initially peaceful protests, including reforms to reduce the power of the presidency, remove powers previously given to First President Nursultan Nazarbayev, whose family members appear to have been involved in inciting January violence, and strengthen political pluralism and human rights protections. Implementation of these reforms was underway as of December. Significant human rights issues included credible reports of: unlawful or arbitrary killing by or on behalf of the government; torture by and on behalf of the government; harsh and sometimes life-threatening prison and detention conditions; arbitrary detention; political prisoners; transnational repression against individuals in another country; serious problems with the independence of the judiciary; serious restrictions on free expression and media, including violence or threats of violence against journalists; serious restrictions on internet freedom; substantial interference with the rights of peaceful assembly and freedom of association; serious and unreasonable restrictions on political participation; serious government corruption; significant restrictions on workers' freedom of association; and existence of child labor. The government selectively prosecuted officials who committed abuses, including in high-profile corruption and torture cases. Nonetheless, corruption remained widespread, and impunity existed for many in positions of authority as well as for members of law enforcement agencies..

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2022
<https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/kazakhstan/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2022/2023

The rights to freedom of expression, assembly and association were unduly restricted, including in the context of mass protests in January. Security forces used excessive force against peaceful protesters, injuring and killing scores. Demonstrators were arbitrarily arrested and faced torture in detention. Law enforcement officers generally enjoyed impunity for attacking and ill-treating protesters. Journalists who reported on the protests were targeted and some were detained. Kazakhstan abolished the death penalty for all crimes.

Quelle: Amnesty International Report 2022/2023:

<https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/kazakhstan/>

Box 8

Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2023

Bewertung für Kasachstan auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 18/60

Politische Rechte: 5/40

Gesamtbewertung: Nicht frei (23/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9

Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2023

President Nursultan Nazarbaev ruled Kazakhstan from 1990 to 2019, when he stepped down while maintaining significant powers. His hand-picked successor, Qasym-Jomart Toqaeu, began a program of ostensible reform after peaceful nationwide protests turned violent in January 2022; the violence was alleged to have been instigated by supporters of Nazarbaev, a number of whom were arrested and imprisoned. Parliamentary and presidential elections are neither free nor fair, and authorities have consistently marginalized or imprisoned genuine opposition figures. The dominant media outlets are either in state hands or owned by government-friendly businessmen. Freedoms of speech and assembly remain restricted and punished, and corruption is endemic.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/kazakhstan/freedom-world/2023>

Kommentar

Obwohl Kasachstan allen UN-Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, ist die Menschenrechtslage im Land weiterhin problematisch. Laut Freedom House wird der Staat mit seinen rund 19,6 Millionen Einwohner:innen (Stand Ende 2022) als „nicht frei“ klassifiziert, da politische Rechte und bürgerliche Freiheiten nicht ausreichend gegeben sind. Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit sind nach wie vor eingeschränkt.

In der Liste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen liegt Kasachstan 2023 auf Platz 134 von 180 untersuchten Staaten. Im Zuge der friedlichen Proteste gegen die geplante Bodenreform, die die Verpachtung nicht genutzter landwirtschaftlicher Flächen für einen Zeitraum von bis zu 25 Jahren an ausländische Staatsangehörige erlauben soll, kam es 2016 in ganz Kasachstan zu willkürlichen Verhaftungen von Demonstrant:innen und Journalist:innen, die teilweise zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt wurden. Es gibt kaum freie Medien und keine echte Opposition. Es ist den Medien verboten, den Präsidenten oder Mitglieder seiner Familie zu kritisieren, oder, im Falle von Lokalmedien, den:die Gouverneur:in und seine:ihre Umgebung. Auch nach der Machtübernahme Toqajews, der sich gerne als Reformier präsentiert, gab es bisher wenig Veränderungen. Im Zuge der

Parlamentswahlen im Januar 2021 kam er erneut zu Verhaftungen und Einschüchterungen. Eine Opposition war zu den Wahlen nicht zugelassen oder trat freiwillig nicht an. [Reporter ohne Grenzen](#) verweist darauf, dass die Medien in Kasachstan hauptsächlich für Propaganda des kasachischen Regimes genutzt werden. Nur noch eine Handvoll unabhängiger Medienanstalten bestehe.

Korruption ist ein oft genutzter Vorwurf der kasachischen Regierung, um Regimekritiker:innen mundtot zu machen. In der Tat zählt Kasachstan zu den korruptesten Staaten weltweit. Erst im Dezember 2015 wurde Kasachstans ehemaliger Ministerpräsident Serik Achmetow wegen Korruption und Machtmissbrauch zu zehn Jahren Haft verurteilt. Im [Corruption Perception Index](#) von Transparency International belegt Kasachstan im Jahr 2022 den 101. von 180 Plätzen.

Kasachstan steht international wegen schweren Menschenrechtsverstößen in der Kritik. Zwar hat Kasachstan das Zusatzprotokoll zur Anti-Folter-Konvention ratifiziert und im Juli 2013 eine entsprechende rechtliche Grundlage verabschiedet, dennoch gibt es immer wieder Berichte über Folter durch die Staatorgane. Allein im ersten Halbjahr 2013 berichtete die kasachische zivilgesellschaftliche Organisation Anti-Folter-Koalition von 201 Beschwerden über Folter und andauernde Gewalt im Polizeigewahrsam sowie der gerichtlichen Verwendung von Geständnissen, die unter Folter erzielt wurden. Die NGO-Koalition gegen Folter in Kasachstan registrierte 2016 163 Fälle von Folter und anderen Misshandlungen. Auch 2018 gab es laut Amnesty International erneut Berichte über Fälle von Folter und Misshandlungen von Tatverdächtigen, speziell sexueller Gewalt gegen weibliche Gefangene. Im Jahr 2021 wurden 63 Berichte über Folter registriert. Kasachstan hat die Todesstrafe für gewöhnliche Verbrechen abgeschafft, erhält sie jedoch für 17 terrorismusbezogene Straftaten und Kriegsverbrechen aufrecht. Im Jahr 2003 unterzeichnete der damalige Präsident Nasarbajew allerdings ein Hinrichtungsmoratorium. Seither wurden alle sechs verhängten Todesurteile in lebenslange Freiheitsstrafen umgewandelt; zuletzt 2016, als ein Mensch auf der Grundlage terrorismusbezogener Anklagen zum Tode verurteilt wurde.

Der [Human Rights Watch Bericht 2023](#) verweist darauf, dass im Zuge von regierungskritischen Protesten Anfang 2022 weitreichend Menschenrechte durch die Sicherheitskräfte verletzt worden sind. Dazu zählen der unverhältnismäßige Einsatz von Gewalt gegen Demonstrierende, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie die menschenunwürdige Behandlung und Folter von Inhaftierten. Gleichzeitig hat das Regime Forderungen nach einer unabhängigen Untersuchung der Ereignisse durch externe Expert:innen abgelehnt; auf die Proteste folgend wurde Präsident Toqajew im November 2022 in den Präsidentschaftswahlen für sieben weitere Jahre wiedergewählt und sicherte sich damit seinen Machterhalt. Die Rechte auf friedlichen Protest, freie Meinungsäußerung und Religionsfreiheit wurden weiterhin nicht gewahrt. Häuslicher Gewalt und Folter wird weiter mit einem Klima an Straffreiheit begegnet.

Auch wenn Frauen im sozialen Leben aufgrund überkommener patriarchaler Traditionen und der Revitalisierung eines konservativen Islambildes nicht gleichberechtigt sind, ist ihre gesellschaftliche Stellung im regionalen Vergleich relativ gut. Im aktuellen [Social Institutions & Gender Index](#) (SIGI) wird Kasachstan in der zweitniedrigsten Kategorie geführt, auf dem Index schneidet das Land am schlechtesten in der Kategorie „restricted physical integrity“ ab, was bedeutet, dass Frauen in Kasachstan mitunter nicht vor allen Formen von Gewalt geschützt sind und in ihrer Kontrolle über den eigenen Körper und

reproduktiven Autonomie limitiert sind. LGBTQIA+ Personen können sich zwar auf das Gleichheitsgebot in der Verfassung berufen, doch sowohl in Regierung und Parlament als auch in der Bevölkerung begegnen ihnen erhebliche Vorbehalte. Kasachstan schützt Betroffene gesetzlich nicht vor Diskriminierung basierend auf sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität. Der Prozess, das Geschlecht legal anpassen zu lassen, wird von Menschenrechtsorganisationen als „invasiv und erniedrigend“ beschrieben.

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

The 2019-2021 reporting period was marked by the long-awaited transition of presidential power from Nursultan Nazarbayev to his anointed successor Kassym-Jomart Tokayev. Nazarbayev continues to wield power by continuing to act as chair of the ruling Nur Otan Party, which renewed its majority in the Mazhilis in January 2021, as chair-for-life of the National Security Council, a constitutional body that has effective veto power over key policy decisions, as leader of the nation (since 2010), and as an honorary senator.

The reform process initiated by Tokayev has so far consisted in mostly symbolic or cosmetic improvements. A National Council of Public Trust was established in mid-2019 to involve civil society more closely in policymaking. The government triumphantly claims that, through the council, civil society has been provided the opportunity to contribute to at least 10 draft laws. Still, the degree of its involvement in real decision-making remains very limited. Moreover, the council has since been deserted by several members who are unhappy with its predominantly ceremonial attributes.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2022)

Im Jahresbericht 2022 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Kasachstan 36 von 100 möglichen Punkten (2021: 37 Punkte). Damit erzielt es genauso viele Punkte wie Albanien, Ecuador, Panama, Peru, Serbien, Sri Lanka, Thailand und die Türkei. Deutschland erzielte 79 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2022>

Spannungen und innere Konflikte

Aufgrund der historisch schwachen Stellung des Islam und einer über längere Zeit positiven wirtschaftlichen Entwicklung galt Kasachstan lange Zeit nicht als Feld für gewaltbereite Islamisten:innen. Doch die Anschläge im Jahr 2011 und im Juni 2016 haben gezeigt, dass es zumindest lokal operierende, extremistische Gruppierungen gibt. Berichte über (geschätzt 700-1.000) kasachische Kämpfer:innen im syrischen Bürgerkrieg und beim sogenannten Islamischen Staat (IS) lösten zusätzlich Besorgnis aus. Ein 2016 neu gebildetes Ministerium für Religionsangelegenheiten (und Zivilgesellschaft) soll sich diesen Herausforderungen widmen.

Der ehemalige Präsident Nursultan Nasarbajew sah sich auch mit verstärktem sozialem Protest konfrontiert. 2011 streikten in der westlichen Provinz Mangistau am Kaspischen Meer Ölarbeiter:innen für gerechtere Bezahlungen und mehr Arbeiterrechte. Bei der gewaltsamen Niederschlagung der Demonstrationen – dem so genannten Schangaösen-Massaker – starben mindestens 17 Menschen. Menschenrechtsorganisationen sprechen sogar von bis zu 80 Toten und über 500 Verletzten. Auch 2012 und 2013 sowie 2018 bis 2020 kam es aufgrund wachsender sozioökonomischer Probleme zu Massenprotesten in den großen Industriezentren Kasachstans.

Auch die Tenge-Abwertung war 2015 Anlass gesellschaftlicher Proteste. Im Frühjahr 2016 gingen in zahlreichen Städten Kasachstans tausende Menschen auf die Straße, weil eine Bodenreform Ausländer:innen erlauben soll, Land in Kasachstan zu erwerben. Die Menschen fürchteten einen Ausverkauf an chinesische Investoren, artikulierten aber auch allgemeine soziale Unzufriedenheit. Kasachstans Wirtschaft stagniert aufgrund der sinkenden Staatseinnahmen durch den niedrigen Ölpreis. Die nationale Währung hat im Laufe eines Jahres die Hälfte ihres Wertes eingebüßt. Die Lebenshaltungskosten sind gestiegen, die Reallöhne gleichzeitig gesunken. Dies gefährdet die Stabilität in Kasachstan, da dies die soziale Polarisierung und gesellschaftliche und politische Spannungen verschärft.

Auch der wachsende kasachische Nationalismus und ethnische Spannungen bergen Konfliktpotenzial. Landesweit liegt der Anteil ethnischer Russ:innen bei fast einem Viertel der knapp 19 Millionen Kasach:innen; in den an Russland grenzenden Gebieten sogar bei 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung. Nach der Annexion der Krim durch Russland und dessen Unterstützung separatistischer, prorussischer Kräfte in der Ost-Ukraine herrscht in Kasachstan die Furcht vor ähnlichen Szenarien. Zwar ist die russische Minderheit in Kasachstan keiner größeren Diskriminierung ausgesetzt und Kasachstan sucht keine ähnlich enge Anbindung an die EU wie die Ukraine. Dennoch ist die nationale Einheit Kasachstans ein fragiles Gebilde. Im Jahr 2020 kam es auch im Süden des Landes zu lokalen Spannungen mit ethnischem Hintergrund.

Schon die ältere kasachische Militärdoktrin aus dem Jahr 2011 sah neben militärischen Auseinandersetzungen zwischen Staaten auch Spannungen und Konflikte zwischen sozialen Gruppen als Sicherheitsbedrohung an. Auch die aktuelle Militärdoktrin vom September 2017 hat einen Fokus auf interne Bedrohungen. Ein Einsatz der Armee im Inneren, etwa bei einer Eskalation interner Konflikte, ist also durchaus denkbar.

Im Zuge der Präsidentschaftswahl im Juni 2019, die auf die Rücktrittserklärung Nasarbajews folgte und die Kassym-Schomart Toqajew schließlich gewann, kam es zu landesweiten Demonstrationen, die freie Wahlen forderten. Die Wahl wurde international als weder frei noch fair bewertet. Fast 1.000 Menschen wurden festgenommen und juristisch dafür belangt, an illegalen Protesten teilgenommen zu haben. Im Zuge der Parlamentswahlen im Januar 2021 kam es zu erneuten Verhaftungen.

Zu Beginn des Jahres 2022 kam es zu den heftigsten Unruhen seit vielen Jahren, welche zur Ausrufung des Ausnahmezustandes, einem Schießbefehl gegen Demonstrierende und dem erstmaligen Eingreifen eines Kontingents der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) führten. Die Bewegung war zunächst in Reaktion auf stark gestiegene Gaspreise entstanden, hat sich aber schnell politisiert und ist zu einer Frontalkritik an der Staatsführung übergegangen. Im Zuge der Proteste kam es unter anderem zu

Brandstiftung an Fahrzeugen und Regierungsgebäuden – mehr als 200 Menschen kamen dabei ums Leben.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Kasachstan ist ein Binnenstaat zwischen dem Kaspischen Meer im Westen und dem Altai-Gebirge im Osten. Gemessen an der Fläche ist Kasachstan der neuntgrößte Staat der Erde. Er liegt überwiegend in Zentralasien, rund sechs Prozent der Landesfläche werden dem äußersten Osteuropa zugerechnet. Die Grenze zu Russland ist die einzige Nordgrenze des Landes und über 7.000 Kilometer lang. Im Süden grenzt Kasachstan an Turkmenistan, Usbekistan und Kirgisistan. Die Grenze zu China im Südosten des Landes ist knapp 1.600 Kilometer lang.

Politische Situation in der Region

Die Beziehungen zwischen den zentralasiatischen Staaten sind gekennzeichnet durch verschiedene Konflikte. So ist der Konflikt um Wasser und Energieressourcen zwischen den rohstoffreichen Staaten an den Unterläufen der Flüsse Amudarja und Syrdarja – Kasachstan, Usbekistan und Turkmenistan – auf der einen und den rohstoffarmen, aber wasserreichen Oberliegern Kirgisistan und Tadschikistan auf der anderen Seite immer noch ungelöst. In der Sowjetunion erhielten die wasserreichen Oberanrainer, subventionierte Energieträger und stellten im Gegenzug Wasser bereit. Heute müssen sie Gas und Öl zu Weltmarktpreisen einkaufen und setzen darum auf den Ausbau von Wasserkraftwerken. Im Zuge des Klimawandels schwinden die Gletscher in den Hochgebirgen, die den beiden Flüssen als Wasserreservoir dienen. Die weiter stromabwärts gelegenen Staaten fürchten durch die Errichtung von Staumauern Probleme in der Wasserversorgung und Verluste in der wasserintensiven Landwirtschaft (Usbekistan bspw. in der Baumwollwirtschaft).

Nach wie vor nicht geklärte Grenzprobleme können jederzeit zu zwischenstaatlichen Konflikten mit unabsehbaren Konsequenzen für die gesamte Region heranwachsen. Bis vor wenigen Jahren waren zum Beispiel zwischen Kirgisistan und Usbekistan von den 1.378 km der gemeinsamen Staatsgrenze erst 75 Prozent endgültig festgelegt. 2017 waren rund 85 Prozent formell vereinbart; 2021 wurde zwischen beiden Ländern jedoch ein Vertrag zur Beilegung des Grenzkonflikts unterzeichnet.

Auch zwischen Tadschikistan und Usbekistan waren lange nur lediglich 80 Prozent der rund 1.400 km langen Grenze abgegrenzt. Hier trat im Juni 2022 die tadschikisch-usbekischen Demarkationskommission zusammen, um die Demarkation weiter voranzutreiben.

Folge der unklaren Grenzen sind häufige Zwischenfälle. Nach Angaben der kirgisischen Behörden wurden allein im Jahr 2010 mehr als 20 Zusammenstöße zwischen kirgisischen Bürger:innen und usbekischen Grenzschrützer:innen registriert. An der kirgisisch-tadschikischen Grenze gab es im Zeitraum 2012 bis 2015 insgesamt 78 Zusammenstöße und Konflikte, bei denen es unter anderem zu Straßenblockaden, Brandstiftungen und Massenschlägereien zwischen Kirgis:innen und Tadschik:innen kam. Die aus dem Jahr 1999 stammende Verminung von Abschnitten der usbekisch-tadschikischen Grenze (rund 3,25 Quadratkilometer in 54 Gebieten gelten im Jahr 2022 noch immer als kontaminiert) schafft zusätzliches Konfliktpotenzial zwischen beiden Staaten. Von Usbekistan verlegte

Anti-Personenminen verletzen und töten nach Angaben aus Duschanbe immer wieder friedliche tadschikische Bürger:innen, vor allem Hirt:innen und Holzsammler:innen. In den letzten 20 Jahren starben dabei mehr als 800 tadschikische Staatsangehörige, 90 Prozent der Opfer waren Zivilist:innen, 30 Prozent davon Kinder. Zuletzt kam es im Mai 2021 zu einem Zusammenstoß zwischen Tadschik:innen und Kirgis:innen, bei dem 55 Menschen ums Leben gekommen sein sollen.

Die Region ist mit einer zunehmenden islamistischen Radikalisierung konfrontiert. Laut Angaben der International Crisis Group hat der sogenannte Islamische Staat in den vergangenen drei Jahren rund 4.000 Anhänger:innen aus Zentralasien angeworben. Die größte Gruppe von IS-Unterstützer:innen aus Zentralasien bilden Usbek:innen, meist aus dem überbevölkerten und armen Ferghana-Tal. Nach gewaltsamen Zusammenstößen zwischen Usbek:innen und Kirgis:innen im südlichen kirgisischen Gebiet Osch 2010 flohen dorthin tausende Menschen. Rund 2.500 Usbek:innen sollen in den Krieg im Nahen Osten gezogen sein.

Von großer Bedeutung für die Staaten der Region, so auch für Kasachstan, ist das Verhältnis zu Russland. Kasachstan und Russland pflegen eine enge wirtschaftliche und auch militärische Partnerschaft. Ersteres vor allem im Rahmen der Eurasischen Wirtschaftsunion, letzteres durch die OVKS, der neben Russland und Kasachstan auch Armenien, Belarus, Kirgisistan und Tadschikistan angehören. Die OVKS verfügt über ein gemeinsames Hauptquartier in Moskau und über schnelle Eingreiftruppen. Die Mitgliedstaaten halten gemeinsame Militärmanöver ab. Zu den Aufgaben der OVKS gehört die Bekämpfung grenzübergreifender Bedrohungen durch Extremismus und die Gewährleistung der Sicherheit und territorialen Integrität der Mitgliedstaaten. Allerdings befürchtet Kasachstan, ähnlich wie auch andere Staaten des postsowjetischen Raumes, dass Russland, das sich als Schutzmacht russischer Minderheiten sieht, ähnlich wie in der Ukraine agieren und separatistische Bestrebungen fördern könnte. Diese Furcht schlägt sich auch deutlich in der aktuellen Militärdoktrin Kasachstans vom September 2017 nieder. Ohne Russland explizit zu nennen, wird darin die Gefahr identifiziert, dass eine ausländische Macht ethnische Gruppen manipulieren und dadurch die territoriale Integrität Kasachstans unterminieren könnte.

Grenzkonflikte

Kasachstan befindet sich zwar aktuell in keinem Grenzkonflikt mit den umliegenden Nachbarstaaten. Allerdings hat es mit seiner neuen Militärdoktrin vom September 2017 beschlossen, seine Grenzsicherung infolge der Befürchtungen einer aggressiveren russischen Politik auszubauen.

Regionale Rüstungskontrolle

Nach dem Abzug der US-amerikanischen bzw. russischen Atomwaffen nach Ende des Kalten Krieges – in Kasachstan lagerten damals über 1.400 strategische Nuklearsprengköpfe der Sowjetunion – wurde in Zentralasien mittels multilateraler Verträge eine atom- oder auch kernwaffenfreie Zone (KWFZ) eingerichtet. Verträge über KWFZ gehen in Zielrichtung und Umfang über den Nuklearen Nichtverbreitungsvertrag (NVV) in mehrfacher Hinsicht hinaus. Die Kernwaffenstaaten garantieren – im Unterschied zu den unilateralen Erklärungen der Kernwaffenstaaten im Rahmen des NVV – in Zusatzprotokollen rechtlich

verbindlich, gegen die Vertragsparteien Kernwaffen weder einzusetzen noch ihren Einsatz anzudrohen. Der Vertrag von Semei, der eine KWFZ in Zentralasien etablierte, wurde am 8. September 2006 von Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan unterzeichnet und ist 2009 in Kraft getreten.

Kasachstan ist Mitgliedsstaat des Vertrags über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE). Der Vertrag entstand im November 1990 vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und legt Obergrenzen für die Anzahl schwerer Waffensysteme und für Personal, welche im Vertragsgebiet stationiert werden dürfen, fest. Infolge der Unterzeichnung wurden in den teilnehmenden Staaten mehr als 50.000 Waffensysteme zerstört. Insbesondere durch die Aussetzung des Vertrages durch Russland 2007 und dem faktischen Austritt aus dem Vertrag im Jahr 2015 wird die Wirksamkeit des KSE-Vertrages in Frage gestellt.

Im Rahmen der konventionellen Rüstungskontrolle der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) haben alle 57 Mitglieder, darunter auch die Staaten Zentralasiens, das Wiener Dokument unterzeichnet. Das Dokument beschreibt vertrauensbildende Maßnahmen, um Abrüstung zu verwirklichen und sich in den gegenseitigen Beziehungen der Androhung und Anwendung von Gewalt zu enthalten. Es wurde von den OSZE-Mitgliedern im Jahr 1990 erstmals unterzeichnet und in den Jahren 1992, 1994, 1999 und 2011 überarbeitet bzw. ergänzt. Die vertrauensbildenden Maßnahmen sind gegenseitige Besuche von Beobachter:innen und Militärangehörigen sowie Informationsaustausch zur Anzahl, Stationierung, Bewegung von militärischen Truppen, Organisation, Waffen, Militärschiffen, Militärflugzeugen und Militärhubschraubern der Vertragsstaaten. Die OSZE unterhält diverse Büros in Zentralasien, so z. B. auch in der kasachischen Hauptstadt Astana sowie in Almaty, der größten Stadt des Landes. Zur Förderung vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen veranstalteten diese Schulungskurse zur regionalen Rüstungskontrolle für Armeeeoffizier:innen aus den zentralasiatischen Ländern. Darüber hinaus arbeiten die OSZE-Zweigstellen gemeinsam mit den zentralasiatischen Partnerstaaten auch an der Sicherung und Vernichtung überschüssiger Klein- und Leichtwaffen sowie dazugehöriger Munition.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Die Region Zentralasien wurde für alliierte Streitkräfte insbesondere im Zuge des Krieges in Afghanistan seit 2001 von Bedeutung. Nachdem die afghanische Regierung die Sicherheitsverantwortung über ihr Land im Juni 2013 von der NATO zurückerlangte, wurde auch deren militärische Präsenz in der Region stückweise abgebaut. So zog das US-amerikanische Militär im Juni 2014 seine Truppen von der Luftwaffenbasis Mana unweit der kirgisischen Hauptstadt Bischkek ab, von der aus Flüge nach Afghanistan starteten. Über 90 Prozent der kämpfenden US-Truppen gelangten über Bischkek nach Afghanistan.

Seit 2002 nutzte die Bundeswehr den strategischen Luftwaffenstützpunkt im usbekischen Termez an der Südgrenze Afghanistans zur logistischen Versorgung der International Security Assistance Force (ISAF). Mit dem Ende des NATO-geführten ISAF-Einsatzes wurden 2015 alle deutschen Truppen aus Termez abgezogen. Die Folgemission Resolute Support fokussierte sich auf die Ausbildung und Beratung der afghanischen Sicherheitskräfte. 39 Staaten stellten 2020 dafür noch rund 16.000 Soldat:innen zur Verfügung

(davon NATO-Staaten: rund 14.000 Soldat:innen). Die Hälfte der zusätzlichen Truppen wurde von den USA gestellt. Das deutsche Bundestagsmandat für die Ausbildungsmission in Afghanistan umfasste 1.300 Soldat:innen – 2020 waren rund 1.100 Soldat:innen dort stationiert. Seit der Machtübernahme der Taliban sind keine ausländischen Streitkräfte in Afghanistan stationiert.

Weder in Kasachstan, noch in Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan oder Usbekistan sind aktuell alliierte Streitkräfte anwesend.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wächst in Kasachstan, wie auch in den übrigen zentralasiatischen Gesellschaften, die Bedeutung und Popularität des Islam. An diesem Prozess der islamischen Erneuerung waren in Kasachstan auch radikal islamistische Gruppen aus dem Ausland beteiligt. Der kasachische Staat nimmt dies als Bedrohung wahr. Analog zu Russland verabschiedete der Oberste Gerichtshof 2005 eine Liste mit Organisationen, deren Tätigkeit als terroristisch eingestuft und verboten wurde. Dazu zählen nach Angaben des Komitees für Nationale Sicherheit der Republik Kasachstan dreizehn islamische Organisationen, darunter beispielsweise die Stiftung Social Reform Society aus Kuwait und die Islamische Bewegung Usbekistan. 2004 wurde bereits die Tätigkeit des saudisch-russischen Fonds Ibrahim Bin Abdul Aziz al-Ibrahim verboten. Mittlerweile birgt die wachsende Bedeutung des Islam in Kasachstan ein nicht zu unterschätzendes Konfliktpotenzial. Begünstigt wird diese gesellschaftliche Entwicklung durch ein nicht

gefestigtes System religiöser Bildung und Aufklärung sowie einer Vielzahl sozioökonomischer Probleme. Dies bietet einen Nährboden für islamistische Gruppen. Speziell in Südkasachstan wird seit Mitte der 1990er Jahre in den Moscheen eine aktive Propaganda der Grundlagen des Wahhabismus und der Bewegung der Taliban von Prediger:innen aus Pakistan, Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten sowie Afghanistan betrieben. Die daraus entstandenen Gruppierungen, beispielsweise der Hizb-ut-Tahrir – eine Partei, die zum Sturz der Regime in den zentralasiatischen Ländern und zur Schaffung eines einheitlichen theokratischen Staates aufruft – werden aus dem Ausland koordiniert. Zusätzlich wurden in den vergangenen Jahren Ableger von Al-Qaida, der Islamische Jihad Union und Anhänger:innen des Salafismus identifiziert, welche die Idee des bewaffneten Dschihad verbreiten. Die Rekrutierung findet zumeist in den Moscheen und Gebetsräumen statt.

Die International Crisis Group warnt vor einer verstärkten Rekrutierung des IS im überwiegend muslimisch geprägten Zentralasien. Kasachstans Geheimdienst schätzt die Anzahl der IS-Kämpfer:innen aus dem eigenen Land 2016 auf etwa 300, die Hälfte davon seien Frauen. Die Radikalisierung der Frauen gilt auch als eine Reaktion darauf, dass sie wenig am gesellschaftlichen, religiösen, wirtschaftlichen und politischen Leben in den zentralasiatischen Ländern teilnehmen dürfen. Verstärkt wird das Wachstum radikaler Tendenzen durch mangelhafte religiöse Bildung und Klagen über die Politik der säkularen Regierung. Insgesamt dürften bislang wohl zwischen 2.000 und 4.000 Menschen aus den zentralasiatischen Republiken beim IS angeheuert haben. Im Januar 2015 verabschiedete die kasachische Regierung ein Gesetz, das die Kampfeinsätze der Extremist:innen im Ausland unter Strafe stellt.

Im Dezember 2015 wurden bei einem Angriff auf Sicherheitskräfte in Almaty fünf Menschen erschossen, darunter drei Polizist:innen. Laut dem ehemaligen Präsidenten Nasarbajew handelte es sich um einen terroristischen Akt radikaler Islamist:innen. Im Juni 2016 starben 20 Menschen bei einem terroristischen Angriff auf eine Militäreinrichtung und Waffengeschäfte in Aktobe, mehrere Menschen wurden dabei verletzt. Diese Anschläge wurden augenscheinlich von Personen verübt, die im Internet durch IS-Ideologie radikalisiert worden waren. So ist die Terrorgefahr in Kasachstan insbesondere seit dem Ausbruch der Bürgerkriege im Nahen Osten deutlich angestiegen. Schätzungsweise 500 Staatsbürger:innen Kasachstans haben sich dem Kampf des IS in Syrien und Irak angeschlossen. Gerade deshalb ist der Regierung viel daran gelegen, im Syrien-Konflikt eine vermittelnde Rolle zwischen den Kriegsparteien einzunehmen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Ein florierender illegaler Handel, vor allem mit Drogen, aber auch Waffen und Menschen, ist eine Folge von Armut, mangelnder Rechtsstaatlichkeit, nicht demokratisch kontrollierten Eliten und fehlender zwischenstaatlicher Zusammenarbeit zwischen den zentralasiatischen Staaten. Die gesamte zentralasiatische Region wird als Transitkorridor zum Transport von Drogen aus Afghanistan in die Länder der GUS und weiter nach Europa genutzt, insbesondere für afghanisches Heroin und andere Opiate. Schätzungen zufolge gelingt es bislang nur weniger als ein Prozent der 70 bis 75 Tonnen Heroin, die jährlich durch Kasachstan geschleust werden, zu konfiszieren. Auch der Handel von Cannabisprodukten, der von Behörden aufgrund mangelhafter Kapazitäten nur unzureichend verfolgt werden kann, nimmt zusehends größere Ausmaße an.

Neben der organisierten Kriminalität hat Kasachstan seit Jahrzehnten auch erhebliche Probleme mit Korruption. Im Corruption Perceptions Index von Transparency International, einem Index für wahrgenommene Korruption im öffentlichen Sektor, lag Kasachstan 2022 auf Platz 101 von 180 untersuchten Staaten. Besonders im Gesundheitswesen ist Bestechung üblich, dicht gefolgt vom Bildungswesen und der Polizei. Schmiergelder werden im Alltag beispielsweise an Bürgermeister:innen, Richter:innen und Verkehrspolizisten:innen, insbesondere aber auch in den unteren und mittleren Einrichtungen staatlicher Verwaltungen sowie in Krankenhäusern und Universitäten gezahlt.

Im Dezember 2014 wurde die Antikorruptionsstrategie der Republik Kasachstan für die Jahre 2015 bis 2025 verabschiedet. Diese bezeichnet die Korruption als eine direkte Bedrohung für die nationale Sicherheit. Sie stellt fest, dass Bestechung zu einer wenig effektiven Staatsverwaltung führt, eine nachhaltige sozial-wirtschaftliche Entwicklung verhindert und negative Folgen für das Investitionsklima hat. Am 18. November 2015 unterzeichnete der ehemalige Präsident Nursultan Nasarbajew ein neues Gesetz „Über die Bekämpfung der Korruption“, das am 1. Januar 2016 in Kraft trat. Das Gesetz regelt die Rechtsverhältnisse im Bereich der Korruptionsbekämpfung und ist auf die Realisierung der Antikorruptionspolitik der Republik Kasachstan gerichtet.

Kasachstan ist auch vom illegalen Organhandel betroffen. Die Organ-Mafia stammt laut Informationen des BND aus Russland, ist straff organisiert und rund um den Globus aktiv. In Kasachstan und in der Ukraine, wo laut einem BND-Bericht „noch keine praktikablen Gesetzesvorlagen existieren“, entnehmen Operateur:innen dabei auch vielen Kindern Organe, hauptsächlich Nieren, die in Spezialcontainern sogleich in russische Kliniken oder ins Ausland transportiert werden.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilisten in Kriegszeiten von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Nicht beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Seit 1992 erstattet Kasachstan Bericht an das Waffenregister der Vereinten Nationen, sowohl über konventionelle Großwaffensysteme als auch über Kleinwaffen und leichte Waffen. Ein Vergleich der eingereichten Berichte lässt allerdings erhebliche Defizite bei der Berichterstattung erkennen – viele Waffenimporte und -exporte wurden nicht verzeichnet. Zwischen 2013 und 2018 sowie 2020 wurde kein Bericht mehr eingereicht, der letzte ist aus dem Jahr 2021 – die hier präsentierten Daten sind jedoch sehr rudimentär. Auch an der Berichterstattung zu den Militärausgaben an die Vereinten Nationen nahm Kasachstan seit 2016 nicht mehr teil und übermittelte keine Daten; 2022 wurde erstmals wieder berichtet. Am 31. Oktober 2017 ratifizierte Kasachstan den Internationalen Waffenhandelsvertrag (ATT). Es bleibt jedoch abzuwarten, ob und wie ausführlich dort in den kommenden Jahren über den kasachischen Transfer konventioneller Waffen berichtet wird. Der zuletzt eingereichte Bericht von 2021 ist, wie auch der Initialbericht und der Bericht 2020, nicht öffentlich einsehbar. Für 2022 reichte Kasachstan keinen Bericht ein. Im Rahmen des National Report on the implementation of the Programme of Action on small arms and light weapons (PoA) and the International Tracing Instrument (ITI) berichtet das Land unregelmäßig, zuletzt aber im Jahr 2022.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Insbesondere nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden die regionalen und internationalen Schwarzmärkte mit den Beständen aus deren ehemaligen Waffenarsenalen geflutet. So wurden 1995 57 Iglä SA-18 MANPADS und 226 9M313 Raketen illegal aus Kasachstan nach Jugoslawien transferiert, gegen das damals ein Waffenembargo der Vereinten Nationen bestand. 1999 sollen sowjetische MIG-21 Abfangjäger nach Nordkorea gelangt sein, 2000 sowjetische Mi-8T Mehrzweckhubschrauber nach Sierra Leone. Vertrieben von illegalen Waffenhändler:innen, sollen die Waffensysteme von kriminellen Angehörigen des Militärs entwendet worden sein.

Heutzutage sind Kleinwaffen und leichte Waffen der zentrale Gegenstand des illegalen Waffenhandels in Zentralasien. Die auf dem Schwarzmarkt gehandelten Waffen stammen aus Militärbeständen, wurden aus Rüstungsunternehmen entwendet oder aus den umliegenden Nachbarstaaten eingeführt. Insbesondere die Bürgerkriege in Afghanistan und Tadschikistan haben zur Intensivierung des illegalen Waffenhandels beigetragen. Auch die Ausweitung terroristischer Netzwerke hat in der gesamten Region zu einem erhöhten illegalen Waffenhandel geführt. So sind kriminelle und terroristische Organisationen die Hauptabnehmer der überwiegend von Angehörigen des militärischen Sektors gehandelten Waffen und Munition. Darüber hinaus besteht auch die Gefahr, dass es zur illegalen Verbreitung von Waffen durch Mitarbeiter:innen lokaler Rüstungsunternehmen kommt. Dieser Sektor ist von einer hohen Korruptionsrate geprägt.

Grundsätzlich ist der private Waffenbesitz in Kasachstan für zentralasiatische Verhältnisse relativ stark reglementiert und beschränkt. Der Waffenbesitz für Menschen mit psychischen Störungen und Alkoholproblemen ist verboten – Behörden können ein medizinisches Gutachten einfordern. Wie in vielen europäischen Staaten wird zwischen Erwerbs- und Besitzlizenz differenziert. Beide Lizenzen sind zeitlich nur begrenzt gültig. Zur Aufbewahrung ist ein Tresor oder Metallschrank Pflicht. Für das Führen von Schusswaffen ist eine spezielle Lizenz erforderlich. Das Risiko der unerlaubten Wiederausfuhr von Kleinwaffen aus privatem Besitz ist somit eingeschränkt.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2022 der Bertelsmann Stiftung

Both 2019 and 2020 were marred by medium-intensity protests over the authoritarian nature of the regime, Tokayev's election (with more than 70% of the votes) and, more recently, the COVID-19 pandemic. The health emergency hit the Kazakh economy hard, which contracted in 2020 and remains at the mercy of a recovery in the price of oil to resume growth. To date, reserves accumulated in the National Fund have been sufficient to finance the bulk of anti-crisis measures, but lower levels of growth, high inflation, rising poverty and increasing, if hidden, unemployment, will soon take their toll on Kazakhstan's collective well-being.

International organizations continue to call on the executive to finally start implementing much-needed structural reforms to address issues such as weak domestic competition, which results in so-called zombie companies, the state's continued high degree of involvement in the economy, low labor productivity, and extremely low spending on research and innovation. Even though the government has ramped up its efforts to publicize its fight against bribery and corruption and is reportedly vigorously cracking down on COVID-19-related economic crimes, grand political corruption continues to be a sizable challenge.

The COVID-19 pandemic caught the Kazakhstan authorities off guard and the public health system quickly buckled under the growing rate of infections. As first statistics were published, questions rose quickly as to their objectivity, in particular regarding the blurred separation line between double pneumonia and the new coronavirus. The government still managed to stave off an outright health

catastrophe by allocating emergency funding to tide over the unemployed and erecting field hospitals to make up for the shortage of intensive care unit (ICU) beds.

Quelle: <https://atlas.bti-project.org/>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in%)

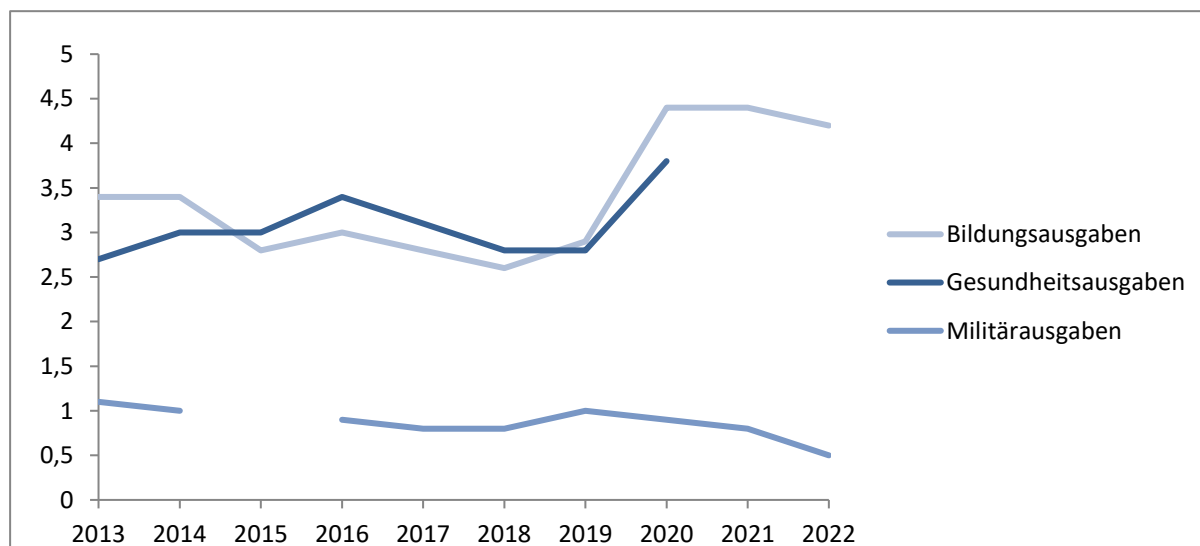
	2018	2019	2020	2021	2022
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	1475	1926	1629	1618	1080
Militärausgaben/BIP	0,8	1,0	0,9	0,8	0,5
Gesundheitsausgaben/BIP	2,8	2,8	3,8	-	-
Bildungsausgaben/BIP	2,6	2,9	4,4	4,4	4,2

Angaben in konstanten Preisen mit 2021 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP (in %)



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	159239	157269	159248	161488	159755
Anteil am BIP (in Prozent)	95,5	87,7	87,7	94,4	81
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (DAC-ODA)*	12,2	10,66	8,23	15,11	5,98
Net ODA (% of GNI)*	0,01	0,01	0	0,01	0
Deutsche ODA Zahlungen*	19,13	17,65	14,38	21,59	3,83

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	111,9	114,1	111,8	98	88,3
Index-Platzierung	63	62	66	83	91

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2017	2018	2019	2020	2021
Russland	Militarisierungswert	207,5	208,4	209,1	204,1	204,4
	Index-Platzierung	8	9	9	11	10
Mongolei	Militarisierungswert	150,7	148,2	149,1	144,3	142,8
	Index-Platzierung	26	28	30	31	30
China	Militarisierungswert	83,4	83,4	84,1	83,7	79,8
	Index-Platzierung	97	99	101	102	103
Kirgisistan	Militarisierungswert	120,3	118,4	121,2	118,5	118,1
	Index-Platzierung	54	58	54	56	54

		2017	2018	2019	2020	2021
Usbekistan	Militarisierungswert	128,6	127,4	131,1	132,2	-
	Index-Platzierung	48	51	47	46	-

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2018	2019	2020	2021	2022
Russland	Militärausgaben (absolut)	60435	63144	64627	65908	71981
	Militärausgaben/BIP	3,7	3,9	4,2	3,7	4,1
Mongolei	Militärausgaben (absolut)	108	111	121	108	103
	Militärausgaben/BIP	0,7	0,7	0,8	0,6	0,6
China	Militärausgaben (absolut)	253766	266129	278673	285931	297999
	Militärausgaben/BIP	1,7	1,7	1,8	1,6	1,6
Kirgisistan	Militärausgaben (absolut)	124	127	133	133	131
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,5	1,7	1,6	1,5
Usbekistan	Militärausgaben (absolut)	1581	-	-	-	-
	Militärausgaben/BIP	3,6	-	-	-	-

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2017	2018	2019	2020	2021
HDI-Wert	0,811	0,814	0,819	0,814	0,811

Quelle: <https://hdr.undp.org/data-center/country-insights#/ranks>

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar

Zusammenfassung

Kasachstan gehört mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 9.470 US-Dollar (Atlas Methode, Stand 2022) zu den upper-middle-income economies. Im Ranking des Global Competitiveness Index belegt Kasachstan mit einer Bewertung von 62,9 einen sehr soliden 55. Platz (von 141). Auch mittelfristig ist ein weiteres Wachstum zu erwarten. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds schwächt sich das Wachstum 2024 minimal auf real 3,1 Prozent ab. Für die Zukunft setzte das Land auf die Produktion von Wasserstoff. Angesichts des hohen Entwicklungsstandes und den derzeit sehr niedrigen Militärausgaben besteht aktuell keine Gefahr, dass Rüstungsexporte die Entwicklung des Landes in bedeutendem Maße negativ beeinflussen könnten.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Kasachstan gehört mit einem pro-Kopf Nationaleinkommen von 9.470 US-Dollar (Atlas Methode, Stand 2022) zu den upper-middle-income economies. Dies liegt deutlich unter dem Durchschnitt der Europäischen und Zentralasiatischen Staaten (28.229 US-Dollar) jedoch geringfügig über dem Durchschnitt dieser Staaten, rechnet man die high income economies heraus (9.221 US-Dollar). Kasachstan hat gegenüber dem Internationalen Währungsfonds keinerlei ausstehenden Verpflichtungen, ist aber dennoch mit einer Auslandsschuldenquote von knapp 18 % des Nationalproduktes in nicht unerheblichen Mäßen verschuldet (Stand 2021). Im Vergleich: Der Durchschnitt der Europäischen und Zentralasiatischen Staaten (ohne high income economies) liegt bei 7,4 %. Im Ranking des [Global Competitiveness Index](#) belegt Kasachstan mit einer Bewertung von 62,9 einen sehr soliden 55. Platz (von 141). Die kasachische Wirtschaft beruht wesentlich auf dem Export von natürlichen Rohstoffen. 2021 machte der Export von Öl (35,5 %), Aluminium (über 9%), Gold (4,5 %) und Erdgas (3,3 %), große Teile des kasachischen gesamt Exports aus und trugen zentral zum Wirtschaftswachstum bei. Dieses lag zuletzt bei 3,2 %. Damit setzte sich der Trend des letzten Jahres (4,3 %), wenn auch leicht vermindert, fort. Auch mittelfristig ist ein weiteres Wachstum zu erwarten. Nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds schwächt sich das Wachstum 2024 minimal auf real 3,1 Prozent ab. Für die Zukunft setzte das Land auf die Produktion von Wasserstoff.

Soziale Entwicklung

Auf dem Human Development Index belegt Kasachstan derzeit mit einem Wert von 0,811 den 56. Platz (von 191). Es gehört damit zur Gruppe der Länder mit einer sehr hohen menschlichen Entwicklung. Unter seinen Nachbarländern nimmt es damit den zweiten Platz hinter Russland (HDI-Wert von 0,822) und noch vor China (0,768) ein (Mongolei 0,739; Kirgisistan 0,692; Usbekistan 0,727). Auf dem Gender Development Index erreicht das Land einen sehr guten Wert von 0,998 was bedeutet, dass die menschliche Entwicklung beiden Geschlechtern nahezu gleich zugutekommt. Lediglich in Bezug auf das durchschnittliche Einkommen bestehen noch größere Unterschiede. Das Land empfing in den 2000er Jahren geringe Summen an Entwicklungshilfe (ODA). Seit einigen Jahren ist der Anteil der Entwicklungshilfe am Nationalprodukt 0%.

Mit einem SDG Index Score von 71,7 liegt Kasachstan auf einem guten 66. Platz (von 166) in Sachen Zielerreichung. Jedoch wurden zuletzt keine Fortschritte mehr erzielt, so dass

zu erwarten ist, dass Kasachstan die Ziele der Agenda 2030 nicht gänzlich erfüllen wird. Lediglich SDG 1 (no poverty) ist bisher erreicht. Dies bedeutet, dass der Anteil, der von unter 2,15 US-Dollar lebenden Bevölkerung gleich null ist. Große Herausforderungen bestehen insbesondere in Hinblick auf SDG 2 (zero hunger), SDG 7 (affordable clean energy) SDG 16 (Peace, justice and strong institutions). Daten zum GINI-Koeffizienten, welcher Einkommensungleichheiten erfasst, liegen für Kasachstan leider nicht vor (letzte Daten stammen aus 2018 wo er 27,8 betrug). Andere Stressfaktoren wie hoher Bevölkerungswachstum (3,2 %) und hohe Flüchtlingszahlen (nach Angaben des UN Flüchtlingshilfswerkes UNHCR befinden sich aktuell etwa 8.000 Geflüchtete bzw. Staatenlose in Kasachstan;) sind kaum ausgeprägt.

Kasachstans Militärausgaben liegen mit 05, % des BIP im Vergleich sehr niedrig. Das Land weist zudem ein moderaten Militarierungsgrad auf und rangiert auf dem aktuellen GMI-Ranking auf Rang 91 (von 149). Angesichts des hohen Entwicklungsstandes und den derzeit sehr niedrigen Militärausgaben besteht aktuell keine Gefahr, dass Rüstungsexporte die Entwicklung des Landes in bedeutendem Maße negativ beeinflussen könnten.

bicc \
Bonn International Centre for Conflict Studies GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de
twitter.com/BICC_Bonn



Direktor
Professor Dr. Conrad Schetter

HERAUSGEBER
Dr. Markus Bayer

SONSTIGE MITARBEIT
Rolf Alberth
Stella Hauk
Fiona Wilshusen
Paul Rohleder

LAYOUT
BICC

VERÖFFENTLICHUNG
26.01.2024

Dieser Bericht wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.

